

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 25 Pfg. frei ins Post-
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit Illustrirter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolon-
 nette oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gesellschaftliche Veretns-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Kernsprecher: Amt 1, Nr. 1503.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. | Mittwoch, den 18. April 1900. | Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Zum Kommunal-Wahlrecht.

Eine der ersten Vorlagen, mit der sich das Abgeordnetenhaus nach den Ferien in zweiter Lesung zu beschäftigen hat, ist der Gesetzentwurf betr. die Bildung der Wählerabteilungen bei den Gemeindevahlen. Wir sind im Gegensatz zu der Hierikalen und der nationalliberalen Presse, für die sich diese Vorlage zu einem Zankapfel gestaltet hat, weit entfernt davon, ihr eine zu große Bedeutung beizumessen; wir hüten uns aber auch, sie zu unterschätzen. Unsere principielle Haltung ist klar. Wir sind Gegner jeder „Wahlreform“, die nicht das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht bringt. Unser Antrag in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung wird Gelegenheit bieten, diese unsere Anschauung zu begründen. Indessen, nachdem der Minister des Innern in seiner Rede vom 23. Februar es als eine Pflicht der Regierung bezeichnet hat, dem Streben der Socialdemokratie, sich allmählich der Kommunalvertretungen zu bemächtigen, entgegenzutreten, muß es auch unsere Aufgabe sein, zu prüfen, ob durch die neue Fiktion diese diesem Streben der Socialdemokratie Abbruch gethan wird oder nicht.

Welches sind die Mittel, mit denen Frhr. v. Rheinbaben die Vertreter der Arbeit aus den Stadtparlamenten hinauszutreiben hofft? Im Gegensatz zu seinem Vorgänger, der sich lediglich darauf beschränkte, diejenigen Wähler, deren für die Bildung der Wählerabteilungen maßgebender Steuerbetrag den im Durchschnitt auf einen Wähler in der Gemeinde entfallenden Steuerbetrag übersteigt, stets der ersten oder zweiten Klasse zuzuwenden, will Frhr. v. Rheinbaben den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern noch weitere Befugnisse gewähren. Diese Gemeinden sollen nämlich durch Ortsstatut entweder die Privilegierung einführen oder aber an die Stelle des durchschnittlichen Steuerbetrags einen den Durchschnitt bis zur Hälfte desselben übersteigenden Betrag festsetzen dürfen. Welcher Modus sich gerade empfiehlt, das soll die betreffende Gemeinde selbst bestimmen, natürlich im Sinne des Ministers, der eine Demokratisierung des Gemeinde-Wahlrechts verhindern will.

Es ist schon an und für sich ein Widerspruch, zwei ganz entgegengesetzte Ziele durch dieselbe Vorlage erreichen zu wollen. Auf der einen Seite will der Minister eine Demokratisierung verhindern, auf der andern die durch die Steuerreform des Jahres 1891 in der Zusammenfassung der Wählerklassen hervorgerufene Verschiebung wieder ausgleichen. Würde die Steuerreform eine Erweiterung der Rechte der Wähler dritter Klasse zur Folge gehabt haben, so ließe sich mit der Befestigung dieser Folgen zugleich die so sehr gefährdete Demokratisierung hintanhalten. Thatsächlich aber ist das Umgekehrte der Fall: Die Steuerreform hat bewirkt, daß die Zahl der Wähler erster Klasse von Jahr zu Jahr abnahm, ebenso die der Wähler zweiter Klasse, daß hingegen die Zahl der Wähler dritter Klasse immer wuchs. Mit andern Worten: Die Plutokratie in den Gemeinden hat zugenommen, der Einfluß der Reichen hat sich auf Kosten der Minderbegüterten erheblich vermehrt.

Einige Zahlen mögen dies näher darthun: In Berlin wählten vor der Steuerreform, im Jahre 1890, 3555 Wähler, d. i. 1,36 Proz., in der ersten Klasse, 18 030, d. i. 6,92 Proz., in der zweiten, und 239 132, d. i. 91,72 Proz., in der dritten. Im Jahre 1895 wählten nur noch 961 Wähler, d. i. 0,31 Proz., in der ersten, 8408, d. i. 2,68 Proz., in der zweiten, hingegen 304 168, d. i. 97,01 Proz., in der dritten Klasse. Und bei der letzten Wahl, im November 1899, belief sich die Zahl der Wähler erster Klasse sogar nur noch auf 691 oder 0,24 Proz., die der Wähler zweiter Klasse war auf 2,41 Proz. gesunken, die der Wähler dritter Klasse auf 97,35 Proz. gestiegen. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in fast allen Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern. In Charlottenburg zählte 1890 die erste Wählerklasse 242 oder 2,18 Proz., die zweite 951 oder 8,57 Proz., die dritte 9907 oder 89,25 Proz. Im Jahre 1895 war die erste Klasse auf 231 oder 0,95 Proz., die zweite auf 1111 oder 4,68 Proz. gesunken, die dritte aber auf 22 934 oder 94,47 Proz. gestiegen, und seit dieser Zeit haben sich die Verhältnisse noch verschlechtert. In Halle a. S. ist von 1890 bis 1895 die Zahl der Wähler erster Klasse von 3,89 auf 0,93 Proz., die der Wähler zweiter Klasse von 16,75 auf 5,46 Proz. gesunken, in Potsdam die erste Klasse von 4,14 auf 1,70 Proz., die zweite von 12,57 auf 8,93 Proz., in Brandenburg a. S. die erste Klasse von 4,21 auf 0,76 Proz., die zweite von 13,18 auf 8,03 Proz. Ein recht charakteristisches Beispiel bietet S d s t a. M., wo 1890 noch 86 Wähler = 4,14 Proz., 1895 aber nur noch ein einziger = 0,06 Proz., in der ersten Klasse wählte. Die Zahl der Wähler zweiter Klasse ist dort von 119 auf 53 oder von 13,69 Proz. auf 3,25 Proz. gesunken, die der Wähler dritter Klasse von 714 auf 1578 oder von 82,16 Proz. auf 96,69 Proz. gestiegen.

Diese wenigen Daten zeigen, wie widersinnig das Dreiklassen-Wahlrecht ist. Denn an diesen Verschiebungen in der Zusammenfassung der Wählerabteilungen ist keineswegs etwa die Steuerreform allein schuld. In der Natur des Dreiklassen-Wahlrechts liegt es vielmehr, daß auch andre an sich unbedeutende Momente einen großen Einfluß auf die Gestaltung der Wählerabteilungen ausüben, so z. B. der Zug eines reichen Mannes in eine mittlere Stadt, deren Einwohner durchschnittlich nur wenig Steuern zahlen.

Um die Wirkung der Rheinbaben'schen Vorschläge zu prüfen, dazu fehlt es bisher noch an den genügenden statistischen Unterlagen. Die preussische Regierung hat mit Attentaten auf die Arbeiterklasse und andren kulturfeindlichen Plänen so viel zu thun, daß sie noch nicht dazu gekommen ist, dem Landtag eine allen Anforderungen genügende Statistik zu unterbreiten. Vorläufig sind wir darauf angewiesen, uns mit den dürftigen Mitteilungen abzufinden, die die Regierung auf Grund der Wahllisten aus dem Vorjahre veröffentlicht hat. Die Ermittlungen beziehen sich auf 43 Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern. Es ergibt sich daraus, daß Herr v. Rheinbaben sich in einem Irrtum befindet, wenn er glaubt, die Socialdemokratie so ohne weiteres aus den Stadtparlamenten entfernen zu können. Nach dem reinen Durchschnittsprincip würden nämlich fast überall in die zweite Wahlabteilung größere Vertheile der Bevölkerung einrücken, als im Jahre 1891 dort vorhanden waren, d. h. die Zahl der Wähler dritter Klasse würde geringer, ihr Einfluß also größer werden. So würden z. B. in Berlin 16,76 Tausendteile statt 11,42, in Köln 14,60 statt 11,57, in Königsberg i. Pr. 17,10 statt 9,67, in der zweiten Wahlabteilung zu wählen haben. In manchen Gemeinden würde die Verstärkung der zweiten Wahlabteilung noch viel umfangreicher sein und in Wiesbaden von 13,56 auf 26,60, in Eschweiler von 11,42 auf 21,53, in Hörde von 9,67 auf 20,16, in Essen gar von 4,99 auf 15,98 Tausendteile steigen. In allen diesen Fällen würden also größere Schichten der Bevölkerung, die vor 1891 in der dritten Abteilung wählten, in die zweite Wahlabteilung aufrücken. Auch würde bei Anwendung des Durchschnittsprincips in den allermeisten Fällen eine sehr starke, zum Teil ganz übermäßige Abnahme der für den Zutritt zur zweiten Abteilung maßgebenden Steuerleistungen herbeigeführt werden. So z. B. würde die Steuerleistung in Berlin von 1095,40 M. auf 178,87 M., also auf $\frac{1}{6}$ sinken, so daß vielfach schon Personen mit einem Einkommen von 300—300 M. und selbst weniger in die zweite Wahlabteilung abrückten. In Königsberg in Oberschlesien würden sogar Einwohner mit einem Einkommen von 1500 M. und darunter, in Hagen und Gradow a. O. solche mit einem Einkommen von 1350 M. und darunter der zweiten Wahlabteilung zugeteilt werden können.

Thatsächlich würde also das reine Durchschnittsprincip, von unsem Standpunkt aus betrachtet, die jetzigen Zustände bessern. Für die Reaktionen des Landtags Grund genug, ein andres Princip zu wählen. So hat denn auch die Kommission auf konservativer Anregung hin beschlossen, das Durchschnittsprincip in dem Sinne abzuändern, daß bei der Berechnung des Durchschnitts-satzes die Wähler, welche weder Staats- noch Gemeindesteuern zahlen, sowie die fingierte Steuer, mit welcher sie in die Wählerliste eingetragen sind, außer Betracht bleiben. Dies veränderte Durchschnittsprincip würde dazu führen, daß z. B. in Köln 11,93 Tausendstel der Bevölkerung gegen 11,57 im Jahre 1891, in Königsberg i. Pr. 11,89 gegen 9,67, in Berlin 14,25 gegen 11,42 auf die zweite Wahlabteilung entfallen. Natürlich würde sich auch die Steuergrenze entsprechend erhöhen. Hingegen würde auch eine noch größere Wahlrechtung der Wähler dritter Klasse auch durch diese Korrektur des Durchschnittsprincips allein noch nicht eintreten.

Wohl aber giebt die Vorlage, wie sie sich in der Kommission gestaltet hat, der herrschenden Mehrheit der städtischen Körperschaften die Möglichkeit an die Hand, die Rechte der Wähler dritter Klasse dadurch zu schmälern, da sie durch Ortsstatut statt des Durchschnitts-satzes einen diesen bis zur Hälfte übersteigenden Satz einführen. Darin liegt die Gefahr der Vorlage. Wenn auch zu einem solchen Beschluß eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, so muß man sich darauf gefaßt machen, daß die herrschenden Klassen ihre Macht rücksichtslos gebrauchen, um die Arbeiterklasse zu entrechten. Es werden also, wenn der Entwurf in der Kommissionsfassung Gesetz werden sollte, was höchstwahrscheinlich ist, in manchen Gemeinden schwere Kämpfe zu erwarten sein.

Eine rohere und widersinnigere Gesetzgebung kann man sich kaum vorstellen, als die, die ein allgemeines Wahlrecht schafft, gleichzeitig aber den einzelnen Gemeinden freien Spielraum läßt, dies Gesetz nach Belieben umzumodeln? Irgend welche Jurist, daß die Socialdemokratie durch dies Gesetz wirklich aus den städtischen Vertretungen verdrängt wird, liegt uns fern. Durch solche Gewaltmittel haben unsere Gegner uns gegenüber noch niemals etwas ausgerichtet. Je hitziger unsere Gegner zum Schlag gegen uns ausholen, um so mehr werden wir uns rüsten, den Schlag abzuwehren. Um so eifriger werden wir fortan uns an den Wahlen beteiligen, um so energischer den Widerstand des Dreiklassen-Wahlrechts anzulegen und für die Einführung eines gerechten und vernünftigen Wahl-systems auch für die Kommunalwahlen agitieren.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. April.

Freisinnige Wahlrechtsgegner.

Wie weit die politische Verkommenheit des Freisinn gebiechen ist, dafür geben die Gothaer Fortschrittler ein aufklärendes Beispiel in einem programmwidrigen Akt der Niedertracht geliefert, wie man ihn — auch bei stärkstem Mißtrauen — nicht hätte für möglich halten sollen.

In dem Programm der Freisinnigen Volkspartei heißt es in den konstitutionellen Forderungen: „Erhaltung des geheimen, allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für den Reichstag, Ausdehnung desselben auf die Landtagswahlen der Einzelstaaten, Sicherung der Wahlfreiheit.“ Selbst hinsichtlich des Kommunal-Wahlrechts, bei dem die kapitalistische Anschauung auch den Freisinnigen mit dem demokratischen Princip durchgeht, wird wenigstens gefordert, daß keine öffentliche Stimmgabe erfolgen soll. Nicht genug, daß die Freisinnigen aber gar nichts geleistet haben, um eine Verbesserung der Landtags- und Kommunal-Wahlgesetze zu bewirken, sie haben sich im liberalen Musterland Sachsen-Ruburg-Gotha sogar nicht geschert, durch einen perfiden Tschendiebsteich das bestehende geheime Wahlrecht in ein öffentliches umzufächeln, indem sie eine alte nebenfällige Bestimmung des Wahlgesetzes tückisch mißbrauchten, die dazu bestimmt war, nicht des Schreibens kundigen Personen die Ausübung des Wahlrechts zu ermöglichen.

Neder den Fall freisinniger Korruption wird uns aus Gotha geschrieben:

Infolge des Austritts unsem ehemaligen Genossen und Landtags-Abgeordneten Möller wurde eine Neuwahl im 1. Bezirk Gotha nötig. Nach unsem Verfassung ist die Wahl indirekt, d. h. es müssen erst Wahlmänner gewählt werden, die dann den Abgeordneten wählen. Wahlberechtigt ist jeder gothaische Staatsangehörige, der 25 Jahre alt ist und eine Staatssteuer in beliebiger Höhe zahlt. Nach § 18 der Verfassung geschieht die Wahl der Wahlmänner mittels Stimmzettel. Der nächstfolgende § 19 schreibt ausführlich vor, wie diese Wahl vorzunehmen ist, zum Beispiel durch im Wahllokal eigenhändig zu schreibende Stimmzettel, welche die Abgabe, Niederlegung der Zettel in ein Gefäß usw., alles Bestimmungen, die ausdrücklich auf eine Geheimhaltung der Wahl hinführen. Nur am Schluß des ziemlich langen § 19 steht ganz beiläufig folgender Satz: „Uebrigens ist es jedem Wahlberechtigten nachgelassen, seine Stimme mündlich zu Protokoll zu geben.“

Aus diesem Schlußsatz hat nun die Partei der mientweglen Kämpfer für Wahrheit, Freiheit und Recht den Strich gedreht, durch den die Socialdemokratie erdroffelt werden sollte. Nicht nur forderte das freisinnige Wahlkomitee ihre Anhänger auf, mündlich zu wählen, sondern die Wahlbehörde, in der die Freisinnigen den Ausschlag geben, ordnete an, daß es jedem Wähler frei stehe, in der Weise mündlich zu wählen, daß er irgend eine Liste entweder durch einen Buchstaben oder durch den Namen des ersten Kandidaten bezeichne. Damit war die Geheimhaltung der Wahl aufgehoben. Da sich nur zwei Listen, eine freisinnige und eine socialdemokratische (die andren Parteien gingen mit dem Freisinn), gegenüberstanden, so war derjenige, welcher schriftlich wählte von vornherein als Socialdemokrat gekennzeichnet. Ein Jesuitenreich, der selbsteigene sucht.

Um aber die ganze Tragweite dieser Anordnung zu begreifen, muß man wissen, daß die übliche mündliche Stimmgabe in der Weise erfolgt war, daß der Wähler, der nicht schreiben wollte, die Namen der Wahlmänner vom Schriftführer des Wahlkomitees einzeln aufschreiben ließ, ein umständliches Verfahren, von dem nur ganz selten Gebrauch gemacht wurde. Die ganze Bestimmung sollte überhaupt nur für diejenigen gelten, welche des Schreibens unkundig waren. Das geht deutlich aus der Verfassung vom Jahre 1848, nach der die jetzige Verfassung von 1892 gebildet ist, hervor. Dort heißt es ausdrücklich in dem betreffenden Paragraphen, der fast wörtlich in die neue Verfassung übernommen wurde, daß die mündliche Stimmgabe für die des Schreibens unkundige oder verhandelte Wähler (z. B. ein Blinder) gelten soll. Auch in dem Kundendruck „zu Protokoll geben“ liegt der Sinn, daß die Namen einzeln genannt, „zu Protokoll“ gegeben werden müssen. Damit war nun dem edlen Freisinn nicht gebüht, denn eine solche mündliche Wahl würde sich bei einer etwas regen Beteiligung (es waren 25 Wahlmänner zu wählen) tagelang hingezogen haben, und darauf konnte sich die Wahlbehörde nicht einlassen. Daher der Kniff, die Liste nach dem ersten Namen zu bezeichnen und dadurch erst die mündliche, d. h. offene Wahl in größtem Maßstabe zu ermöglichen, abgleich der Staatsminister von Strenge in einer Verhandlung über Kträge zur Verbesserung des Wahlverfahrens ausdrücklich hervorgehoben hatte, daß unsem Verfassung eine Wahl nach Listen nicht gestattet.

Wir setzen also das erbauliche Schauspiel, daß eine Partei, die sich demokratisch nennt, die im Reichstag Antrag über Antrag stellt, um das geheime Wahlrecht zum Reichstag noch mehr zu sichern (Wahlloosent, gesonderte Räume für die Stimmenden usw.), die in ihrem Programm und in ihren Wahlausrufen das geheime Wahlrecht als ein Paladium der Demokratie preist: daß eine solche Partei die unklare Fassung eines Verfassungsparagraphen mißbraucht, um den Wählern das geheime Wahlrecht unter den Fingern wegzustehlen. Dabei handelt es sich nicht etwa um Wadellsträmpfer, sondern um echte, unentwegte Mannesleuten Richterlicher Observanz, deren hiesiges Organ sich einmal beistete, daß der in Gotha gesponnene demokratische Faden noch etwas derber sei, als selbst der Richterische in Berlin.

Der Wahlkreis ist uns mit 5-13 Stimmen Mehrheit entziffen worden, obgleich unsere Stimmzahl sich von 101 auf 293 gehoben hat. Das unqualifizierbare Vorgehen hat seinen Zweck erfüllt. In eine Ungültigkeitserklärung ist nicht zu denken, da alle freistimmigen und liberalen Abgeordneten im Landtag das Mandat für sich gut gehalten haben und die Majorität sich ihnen selbstverständlich anschließen. Wir haben somit bei den allgemeinen Wahlen zum Landtag, die im Herbst stattfinden, mit der offenen Stimmabgabe zu rechnen. Trotz dem hoffen wir, unsere bisherigen Wahlkreise zu erhalten. Die Gebitterung über den freistimmigen Treubruch ist in der arbeitenden Bevölkerung ungemein stark und das mag manchen an die Urne treiben, der sonst aus Gleichgültigkeit fern geblieben ist.

Der ganze Vorgang zeigt, daß auch hier, wo die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse bisher noch ziemlich leidlich waren, die Gegenläge sich bedenklich zugeipigt haben. Wir nähern uns rasch lässlichen Zuständen.

Aristokratisches.

Das „Deutsche Adelsblatt“, das Centralorgan für alle künftigen Bekennnisse schöner Junkeridealen, veröffentlicht in seiner Osternummer einen wunderbaren Artikel wider den Handel, zu dessen Schutz die Flottenvorlage dienen soll. Man höre:

Ein Staat, der in überwiegender Weise sich zum Handelsstaat entwickelt, muß naturgemäß seine Aristokratie zurückdrängen und Handelsplebejern die Vorrückung einräumen.

Der Plebejer wird niemals die Ideale der Romantik verstehen lernen, er wird stets „den Junker“ haßen, weil er nicht das reiche Kulturleben des Mittelalters, in dem der Adel neben der Geistlichkeit der Vorkämpfer der Civilisation war, zu würdigen vermag. Wie bei der Bellame im Handel, so endet auch bei der modernen Fabrik die ritterliche Weltanschauung!

Dieses Geschlecht des Pariser Schneiders, der den französischen Dampf zu Tode mißhandelt, ähnet noch heute bei jedem Attentat auf gekrönte Häupter seinen teuflischen Einfluß. Es ist das plattförmige menschliche Raubtier, welches, von Hochmut und Größenwahn beherrscht, alles mit seinem Hasse verfolgt, was nicht seiner Sphäre entspricht.

Die Demokratie ist die geschworene Feindin jeder höheren Lebensform. Doch nur in demokratisch regierten Staaten entfällt der Handel seine ganze brutale Macht; Nordamerika und England sind hierfür klassische Beispiele.

Sollte einst, was hoffentlich niemals eintreten wird, die Landwirtschaft des Kontinents wirtschaftlich ruiniert werden, dann bricht mit Ausnahme der Aristokratie jede aristokratische Lebensform zusammen und die Menschheit verkümmert, wie das Chinesentum, zu einer zähen lehrigen Völkermasse. In der Ausbreitung des modernen Handels liegt kein Kulturfortschritt, sondern vielmehr sieht dadurch ein Rückschritt zu erwarten. Anstatt der Ideale, für die ein Körner und der südöstlichen Vorehre ihre Leben daran setzten, wird Kautz und Planell in den neuesten Modellen das schönste und erstrebenswerteste Lebensziel der Jugend bilden.

Schon heute bildet ja „der junge Mann“ eine morlante, sehr häufig geübene Erscheinung im Leben der Völker. Wäre er in der beanstandeten Form bald leutener werden und sich im wirtschaftlichen und politischen Leben weniger lässig erweisen, denn Franz von Sickingen und Götz von Berlichingen haben auch noch heute eine geistige Gefolgschaft.

Die aristokratischen Standesgenossen dieses prachtvollen Junkerpropheten aber schiden sich an, zum Schutze des plattförmigen menschlichen Raubtiers, zur Beförderung einer zähen lehrigen Völkermasse Milliarden ins Wasser zu werfen.

Freilich noch ist des edlen Junker-Romantik nicht völlig ausgestorben. Noch immer handelt er bloß mit Ochsen und Pferden, Schnaps und Zuckerrüben, Roggen und Weizen. Er wuchert sogar mit ihnen — aber doch ein Handel und doch ein Wucher ist edel, romantisch, tiefblaublütig. Auch als Aufsichtsrat zeigt er sich nicht selten in der peinlichen Gesellschaft von Börsejobbern — aber die Romantik legt nun einmal Opfer auf und Adel verpflichtet. Selbst mit Industrieprodukten handelt er längst, unbeschadet seines aus den Urzeiten rogenden Stammbaums. Aber die Schande hat er bisher von sich fern gehalten, mit Kolonialwaren, Petroleum, grüner Seife oder gar mit — Arbeit zu handeln. Zu solchem Abgrund des Plebejertums ist unser Romantiker nicht gesunken, seine ritterliche Weltanschauung macht bei der Arbeit Halt!

Uebrigens verdeutlicht man Romantiker am treffendsten als — Harmlose.

Deutsches Reich.

Socialpolitik auf dem Wasser.

Auf die von der „Hamburg-Amerika-Linie“ an den Kaiser gerichtete telegraphische Meldung, daß der Dampfer „Batavia“ als erstes mit einer Tiefadelinie versehenes Schiff der Gesellschaft den Hamburger Hafen am Osterfest verlassen habe, traf bei der Hamburg-Amerika-Linie folgende Antwortdepesche ein:

„Mit aufrichtiger Genugthuung erfüllt mich Ihre Meldung. Wäre Ihre Linie durch diese Einführung das hohe Gefühl erleben, nach Pflicht und Gewissen alles gethan zu haben, was Sie für die an Bord befindlichen Passagiere und Mannschaften als Ihre Verpflichtung zu ihm empfanden, und Sie mit Stolz erfüllen, den ersten großen Schritt in der Ausführung meiner Socialpolitik auch auf dem Meere gewagt zu haben. Fürwahr, eine schöne Obergabe!“

Die Tiefadelinie ist eine Marke, die angiebt, wie tief ein Schiff beladen werden darf. In England ist diese Frage längst gesetzlich geregelt. Wenn der Kaiser schon diese technisch notwendige und selbstverständliche Einrichtung als einen ersten großen Schritt seiner Socialpolitik zu Wasser bezeichnen, so ist klar, daß der erste beschiedene Schritt einer Socialpolitik in unserem Sinne zu Gunsten der Proletariat auf dem Meere nicht so bald zu erwarten ist. Die Entfaltung einer schönen Obergabe im monarchischen Sinne von einem gewöhnlichen Werkschlag-Fortschritt nach socialdemokratischem Wertmaß ist allzu groß.

Das Flottenkompromiß, das das Centrum mit der Regierung geschlossen hat, wird von der „Germania“ im Oralestil dahin bestätigt, daß eine Verständigung zwischen den verbündeten Regierungen und Centrum, oder wohl besser gesagt Reichstag, wenn überhaupt, nur in der Budgetkommission des Reichstags und zwar voraussichtlich in der zweiten Lesung des Entwurfs erfolgen wird, weil die Centrum-Fraktion keine definitive Stellung zur Sache nehmen will, ehe die Beschlüsse der ersten Lesung aus der Budgetkommission vorliegen.

Der Unfall ist fertig. Das Centrum bewilligt die „Pumpflotte“. Lobt die Jesuiten und den Aufstand!

Unvollendete Erleuchtung. Der zweite Vorsitzende des Bundes der Landwirte wehrt bis zur Stunde nicht, was er von der Flottenvorlage halten soll. Auf eine in Kaiserlautern gefasste und ihm übermittelte Resolution, die sich gegen die Vorlage ausspricht, hat er erwidert:

„Ich bedauere, vorläufig nicht in der Lage zu sein, Ihnen mitzuteilen, wie ich mich zu der Flottenvorlage stellen werde, da diese gegenwärtig noch in der Kommission beraten wird.“

Herr Köpcke wehrt bisher nur, daß Spredigkeit den Preis liebender Gabe erhöht.

Reichsdeutsches und Versammlungsfreiheit. Auf eine bedenkliche Bestimmung des Entwurfs zum Reichsdeutschesgesetz muß noch aufmerksam gemacht werden, auf die Befugnis der Polizeibehörden, bei drohender Seuchengefahr Versammlungen zu verbieten. Unzweifelhaft wird von dieser Befugnis Arbeiter-Versammlungen gegenüber bald in ungebührlicher Weise Gebrauch gemacht werden. Wir sehen dies in Ostpreußen, wo keine große Streikbewegung ohne Versammlungsbefehle mit Rücksicht auf eine nur der Polizei bekannte Seuche möglich ist. Auch in Deutschland hat man des öftern Versammlungen unter Hinweis auf irgend eine Seuche verboten. Es wird notwendig werden, dem Mißbrauch derartiger an sich ganz vernünftiger Bestimmungen gleich bei der Beratung des Gesetzesentwurfs vorzubeugen.

Das Ahy! der Unstlichkeit. Die „Märkische Volks-Zeitung“ schöpft aus einer Bemerkung des „Vorwärts“ die Folgerung, der Goethe-Bund verfolge als wichtiges Ziel den Kampf gegen das Christentum und wünscht damit in erstrebtem Demagogentempel, ausdrücklich bekräftigt zu sehen, ob wirklich auch Leute, wie der Maler Rudolf (J.) von Mengel und der „katholische“ Bildhauer Reinhold Wegss u. a., die an der Spitze des „Goethe-Bundes“ figurieren, dieses Kampfesziel auch für sich erwählt haben. Die beiden genannten Künstler gehören zu den Bevorzugten des Hofes; bei Hofe aber halbt man, wie nimmigfache offizielle Umgebung immer wieder von neuem davor, gegenstelligem Tendenzen, tritt offen für das Christentum ein.

Ob sich bei Herrn Wegss unter seinen Passionen auch eine Leidenschaft für Christentum findet, wissen wir nicht. Von Rudolf von Mengel — den das Heingebillt in einem Rudolf umlauft — aber möchten wir annehmen, daß er als friedliebender Gemüth vom Bielelauben nicht viel mehr hält als der Feld seiner Kunst. Mengel wird es auch ohne Beschwerden ertragen, wenn man ihn ob seiner Goethebilderei aus der Riste der Bevorzugten des Hofes streichen würde. Die niedrige Einschätzung, die das katholische Blatt der Kunst widmet, zeigt sich verästelnd in seiner Meinung, daß der Künstler sei, der durch seinen Verkehr bei Hofe geehrt sei, nicht der Hof durch den Künstler.

Allerdings will die „Märk. Volksztg.“ nicht die Konsequenzen des Neugelichen Verbrechens ziehen. Mag er ruhig bei Hofe weiter gebuddel werden — er darf ja, gleich Krommsen — den müdernden Linsband hofen Alters in Anspruch nehmen. Ueberhaupt versteht man nicht recht, warum die katholische Presse über unästhetische Künstler so bittere Urtheile fällt, wo doch die allseitig machende katholische Kirche mit ganz besonderem Wohlgefallen derartige Persönlichkeiten in ihren Schooß aufnimmt. Es wiederholt sich neuerdings die Erscheinung, die wir aus dem romantischen Anfang des 19. Jahrhunderts kennen, daß gerade die exaltirtesten Poeten der „Unstlichkeit“ schließlich — — katholisch werden. Eben jetzt melden kirchliche Blätter, daß der skandinavische Dichter August Strindberg, der vor einiger Zeit zum Katholizismus übergetreten, demnach auf einer Pilgerfahrt dem Papste vorgestellt werden soll. Nun ist A. Strindberg nicht nur im Geistesinn eine der anspruchsvollsten literarischen Persönlichkeiten, und doch nimmt ihn der Katholizismus mit offenen Armen auf. Man sollte also nicht allzu laut auf die Sünden schelten, in die wirklich unästhetischen Literaten sticht möglicherweise immer noch ein Feld der katholischen Kirche. Der Goethebund laun mit Aug der katholischen Presse den Vorwurf zurückgeben, ein Ahy! der Unstlichkeit zu sein.

Koloniales. Wir gaben kürzlich bei Erwähnung der Unruhen im Kamerungebiet der Befürchtung Ausdruck, daß zur Wiederherstellung der Ruhe ein paar Straf- und Juchigungszüge der Schutztruppe nicht als genügend angesehen werden dürften, sondern daß man befristet sein werde, ein Reg von Garnisonen zu errichten. Die „Koloniale Zeitschrift“ stellt dem auch alsbald dies Verlangen, und, wie jetzt mitgeteilt wird, ist man bereits im Augenblick dabei, verschiedene der natürlich sofort unternommenen Strafexpeditionen zur Errichtung solcher Militärlager zu beunehmen. Doch dabei über die sehr bescheidenen Mittel geklagt wird, ist nicht minder selbstverständlich. In der kolonialfreundlichen Presse liest man bereits: „Unzweifelhaft muß es freilich erscheinen, daß zu einer gezielten Fortführung der jetzt in Kamerun zur Geltung gebrachten intensiveren Erschließungs- und Bewirtschaftungspolitik eine weitere Verstärkung der vorhandenen Machtmittel erforderlich ist!“

Die Schutztruppe für Kamerun wird also verstärkt, der Kolonialetat erhöht werden! Ob aber durch die Verstärkung der Schutztruppe die Zahl der Strafexpeditionen eine Verminderung erfahren wird, ist höchst zweifelhaft. Der Wunsch des Herausgebers der „Kolonialen Zeitschrift“, Dr. Hans Wagner, daß „künftig das Niederhalten der Negers“ aufhören möge, da jeder Eingeborene ein Stück Nationalvermögen repräsentiert, wird wohl kaum besondere Beachtung bei unsren kolonialen Kriegsheiden finden, trotzdem er seinen Appell nicht an die Humanität, sondern an den Eigennuß der Kolonialinteressen richtet.

Das Ausnahmengesetz gegen die Landarbeiter, das der Grazer Landtag vorbereitet, wird gegenwärtig im Justizauschuß beraten. Wie unser dortiges Partei-Organ berichtet, will man das Gesetz dadurch angenehmer machen, daß auch Strafbestimmungen für den Kontraktbruch landwirtschaftlicher Unterehmer vorgezogen werden sollen. Man glaubt dadurch den einseitigen Altschulcharakter des Gesetzes vermindern zu können. Ein Ausnahmengesetz würde das Gesetz auch dann noch bleiben. Es bedroht, wie unser Parteiblatt zutreffend betont, nicht nur die landwirtschaftlichen Tagelöhner, sondern alle Arbeiter, die mit diesen in Berührung kommen und sich über Arbeiterverhältnisse mit diesen unterhalten.

Uebrigens wehrt man, daß die Gleichheit vor dem Gesetze noch lange keine Gleichheit vor den Gerichten garantiert.

Spottien ihrer selbst. Die „Deutsche Tages-Zeitung“ glossiert die Reden Millers und Loubets zur Eröffnung der Weltausstellung folgendermaßen:

„Anbahnung der Eintracht zwischen den Völkern“, Herbeiführung des Tages, da die Welt erlennet wird, daß „Friede und ruhmvollere Kämpfe der Arbeit fruchtbarer sind als Kriege“ — wer kennt sie nicht, diese schönen Worte, mit denen die Eröffnungsreden aller Ausstellungen deren ideales Ziel zu kennzeichnen beabsichtigen! So, wenn es mit Worten und Festsetzungen gethan wäre! Aber während die französischen Staatsleiter in Paris ein sechsmonatliches Fest des Friedens mit feierlichen Reden einleiten, muß in Südamerika ein durch und durch friedliebendes Volk den blutigen Kampf um seine Existenz gegen einen der Unstiller in Paris führen, denn der Dank des Präsidenten Loubet für die Mitwirkung an dem Werk der Harmonie, des Friedens und des Fortschritts“ ebenso gilt, wie allen anderen Regierungen. Es ist wenig Aussicht vorhanden, daß das zwanzigste Jahrhundert, wie Präsident Loubet hofft, „ein wenig mehr Friedlichkeit leuchten sehen wird.“

Mit Worten allein ist es allerdings nicht gethan. Der Spott über derartige Feste des Friedens wäre aber dem aristokratischen Friedensfest gegenüber, das nun seit so viel hundert Jahren die „strobe Völkerei“ verkündet, noch viel besser angebracht. Zu Weisheiten gehören die Friedensstrahlen auch zum eisernen Bestand der Festartikel der „Deutschen Tages-Zeitung“. Uebrigens hat der eine der Redner, Millerand, auf einen Faktor hingewiesen, der allerdings unendlich viel mehr zur Herbeiführung des Völkerefriedens beitragen wird, als die schönen Phrasen der Priester und Staatsmänner: die Solidarität der Arbeit.

Die Aufrufe zur Mairfeier haben bereits für die bürgerliche Proletariat das Signal zum Gelläut gegeben. Die Gerechtigkeit ist die gleiche, wenn auch die Tonart verschieden ist. Die „Konferenz-Korrespondenz“ spottet, man müsse über die Geduld, welche an ein so ansichtsloses und an Plakato so reiches Unternehmen verschwendet werde, staunen. Kamentlich da die Arbeiter selbst bereits hinter den „Humbung“ der „Impofanten“ Feiter gekommen seien. Jedes „Vollfest mit Tanz“ beweise dieselbe Zugkraft wie der „berühmte“ Mairfeiertag. Und so weiter mit Grauzie. Die „Märk. Vg.“ dagegen betrachtet die Sache vom Standpunkt des Industriemannes aus, der „Herr im eiaen Hause“ bleiben will

und sein absolutistisches Regiment durch die fortschreitende Einbürgerung der Arbeitstrike am 1. Mai bedroht sieht. Das rheinische Industriekongress weist auf die Beschlüsse zahlreicher Gewerkschaftsorganisationen hin, den 1. Mai durch Arbeitstrike zu begehen, und sucht zum Kampfe gegen das sich zum Weltfeiertag rüstende Proletariat stark zu machen.

Es ist also nicht mehr abzusehen, daß die Socialdemokratie angefaßt des internationalen Pariser Socialistenkongresses den Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft wegen der Mairfeier sucht. Sätze der Arbeitgeber und ihrer Vereinigungen wird es sein, den Fehdehandschuh aufzunehmen, keine Schwäche und Nachsicht zu zeigen. Ein einmaliges Nachgeben, worauf die Kapitalisten angefaßt des störrischen Geschäftsgangs in der Industrie rechnen, würde sich bitter raßen.

Die Lesarten der beiden Blätter passen in ihrer Auffassung von der Bedeutung der Mairfeier zwar recht wenig zusammen, sie atmen aber denselben Geist hochmüthiger Unabkannheit. Das Proletariat wird sich weder durch den kämpfhaftesten Spott der einen noch durch die Drohungen der andren Richtung irritieren lassen, sondern besonnen und energisch die Idee der Realisierung des Weltfeiertags weiter verfolgen.

Neue Liebesgaben für die schnapsbrennenden Junker. „Die National-Zeitung“ an. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Regierung eine weitere Erhöhung der Verbrauchsabgabe für Branntwein einleiten werde. Auf der andren Seite sollen dann neue Maßregeln zur Förderung des Abzuges von steuerfreiem Spiritus für Brenn- und Beleuchtungszwecke ergriffen werden, d. h. also mit andren Worten, eine Mehreinnahme aus der Besteuerung des Feinbranntweins soll veranlaßt werden zu Zuschüssen an die Brenner, damit dieselben für Brenn- und Beleuchtungszwecke Spiritus unter dem Herstellungspreis abgeben können. Den Anlaß zu solchen Maßregeln soll der Ausland bieten, daß nach dem Branntweinsteuer-Gesetz von 1895 die Vorschriften über die Brennsteuer im Jahre 1901 außer Kraft treten.

Man wird dies Projekt der Höherbesteuerung eines Konsumartikels der schlechtesten Proletariatkräften im Auge behalten müssen. Offenbar handelt es sich nur um eine Erhöhung der „Liebesgabe“, wie die Steuer 1887 von einem konservativen Abgeordneten selbst genannt worden ist. Wie sehr die ostelbischen Junker an der Liebesgabe interessiert sind, beweisen folgende Zahlen. Nach Julius Wolff sind 455 Proz. der gesamten Ackerfläche in Deutschland an der Brennerei beteiligt. Der Anteil steigt mit der Größe der Gutskomplexe von 0,50 Proz. der bäuerlichen Wirtschaften bis zu 55 Proz. der ostelbischen Großbetriebe, die allein überhaupt 1/4 der gesamten deutschen Branntweinproduktion liefern! —

Ausland.

Italien.

Rom, 14. April. Man schreibt uns: Wir haben seit kurzem einen neuen Kriegsminister, und von dem Kriegsminister gilt ganz besonders das alte Wort von der Veränderung, die keine Verbesserung ist. Der frühere Kriegsminister, Mirri, mußte zurücktreten nicht bloß, weil er sich politisch kompromittirt hatte — das wäre ihm im Vaterland der Mafia und Crispis verziehen worden — sondern weil er sich einer Verneinerung der Militärausgaben widersetzte, und sein der Kammer gegebenes Versprechen, sich innerhalb des Etats zu halten, nicht beachten wollte. Der neue Kriegsminister, General Bonza di San Marino, hat keine derartigen Bedenken, er fordert von der Kammer ein außerordentliches Kriegsbudget im Betrag von 300 Millionen Lire. Der König hat eine tranthafte Angst vor der Revolution, was von den Reaktionen natürlich nach Kräften ausgenutzt wird. Die einzige Rettung ist die Arme — und so steigen die Arme-Ausgaben dann fortwährend. Alle Versicherungen des Gegenteils sind entweder bewußt unwahr oder sie scheitern an den Reigungen der Regierenden für den Militarismus. Diesmal hatte die Regierung aufs positivste erklärt, die Reuforderungen würden das konsolidirte Budget von 230 Millionen nicht überschreiten. Die Budgetkommission, deren Bericht über die Militär-Etats von 1897-1898 soeben veröffentlicht wurde, hat aber festgestellt, daß die Ueberforderungen der Voranschläge in jedem Jahr mehr betragen als 230 Millionen, und daß jetzt eine weit größere Summe, die unberechtigter Weise ausgegeben worden ist, noch gedeckt werden muß — und zwar von der Kammer, wenn sie nicht, woran freilich kaum zu denken, die Herren Minister persönlich verantwortlich macht. Aus dem erwähnten Bericht geht weiter hervor, daß als die Regierung die Konsolidation von 230 Lire forderte, diese Summe bereits um 10 1/2 Millionen überschritten war. So lieblich wird bei uns mit den Forderungen gewitzelt.

Genug — die regelmäßige effektive Ausgabe für das Heer beträgt gegenwärtig schon 400 Millionen, und die Ausgabe soll um das Doppelte erhöht werden. Dem auch die 300 Millionen, die der Kriegsminister von der Kammer verlangt, sind bereits überschritten.

Der Gesetzesvorschlag, in dem diese 300 Millionen gefordert werden, wurde vor den Freien nicht von dem Parlament erledigt, weil die „Obstruktion“ es verhindert. Und da ist unsere ministerielle Presse so unerschämmt, in die Welt hinaus zu schreiben, die Obstruktion habe „eine heilsame, dem Volk nützliche Gesetzgebung verhindert“!

Der Präfeld von Mantua hat dieser Tage die Bürgermeisterei von Maglio, Bagnolo und Baggio suspendirt. Ich brauche nicht zu sagen, daß es Socialisten sind.

Und warum? Weil diese Beamten der äußersten Linken Gläubwünsche zugeandt haben! Das ist die kleinliche Rache der Reaktionen, die der anwachsenden Blut der Volksbewegung ratlos gegenüberstehen und in ihrer Beschränktheit nur für derlei kindische Mittel Verständniß haben.

Unser socialistischer Jahreskongreß, der am 24. Mai hier in Rom zusammentritt, wird sich hauptsächlich mit Organisationsfragen und mit der Taktik bei den nächsten Wahlen beschäftigen.

Rußland.

Der Besuch des Zaren in Moskau sollte nach den in der Presse umherfliegenden Gerüchten die Einleitung zu einer bedeutenden politischen Aktion bilden. In Petersburg selbst sprach man nach der Meldung eines Blattes sogar von einem Ultimatum an England, worin diesem die Alternative gestellt werden sollte, entweder binnen 8 Tagen mit den Boeren den Frieden zu schließen, oder sich auf eine russische Invasion von 120 000 Mann in Afghanistan gefaßt zu machen. Dies Ultimatum sollte angeblich in Unverständnis mit Deutschland und Frankreich erfolgen. Jedenfalls wurde durch diese Gerüchte die öffentliche Meinung und selbst die Worte derartig beunruhigt, daß man sich zur Vermeidung folgender halbamtlicher Depesche durch die „russische Telegraphenagentur“ veranlaßt sah:

Der Chef der Kreditkassette im Finanzministerium Raleschewsky lud gestern abend die hiesigen Bankiers und Bankdirektoren zu einer Besprechung ein und teilte ihnen anlässlich im Auftrage des Finanzministers mit, daß alle Gerüchte über eine ungünstige Gestaltung der politischen Lage oder bevorstehende wichtige Entscheidungen, wie solche in letzter Zeit durch Stadtklatsch und einzelne ausländische Korrespondenten kolportirt seien, absolut unbegründet seien. Der beste Beweis dafür wäre, daß der Minister des Auswärtigen nicht einmal nach Moskau mitgereist sei.

Afrika.

Vom Krieg im Hinterland von Algier. London, 17. April. Nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus Mogador sollen bei Nignig bedeutende Gefechte zwischen französischen und arabischen Truppen stattgefunden haben. Die Araber hatten 100 Tote. Die Verluste der Franzosen sind noch unbekannt. Weiter wird gemeldet, daß die fanatischen Muselmänner im Hinterland von Algier sich

erheben. Die Lage der Franzosen werde dadurch eine sehr bedenkliche.

Schibuti, 17. April. (Meldung der „Agence Havas“.) Die Scharen des Mahdi sind vor den Verstärkungen, welche der Regus von Eritrea seinen Truppen gesandt hat, nach den inneren Teilen der Landschaft Opaden geflohen. Die siegreichen Abessinier sind nach Harar zurückgekehrt. Der Religionskrieg ist beendet.

Afien.

Ueber die Zustände auf den Philippinen sichern allmählich immer mehr Nachrichten durch, die die Lage der Amerikaner als eine keineswegs beneidenswerte erscheinen lassen. Durch die Abberufung des Generals Otis haben die Dinge kein anderes Aussehen erhalten. Ueber den Verlauf der Operationen hat die amerikanische Regierung derart den Scheiter zu breiten verstanden, daß es unmöglich ist, sich ein Urteil über das strategische Vermögen oder Unvermögen des Generals Otis zu bilden. Die ganze Beschaffenheit des strategischen Planes läßt aber vermuten, daß auch der Nachfolger Otis kaum in der Lage sein wird, durch rasche entscheidende Schlage die „Aufständischen“ niederkämpfen zu können. Dieser Meinung ist auch ein höherer Funktionär des Kriegsdepartements, der sich folgendermaßen äußert:

„Ich befürchte, daß die Armee noch ernste Schwierigkeiten vor sich hat; es ist zwar im Lauf der Zeit viel erreicht worden, aber die Philippinen sind eben doch nicht unterworfen und die neuesten Nachrichten zeigen, daß sie bereit sind, von neuem zu beginnen. Sollte nun gar ein Aufstand in Manila ausbrechen, so würde daraus fürchterliche Blutvergießen entstehen. Und unmöglich ist das nicht. General Otis hat dies immer befürchtet.“

„Dah man sogar einen Aufstand in Manila für möglich hält, beweist, wie wenig gefestigt die Herrschaft der Amerikaner selbst in den wichtigsten Plätzen des eroberten Gebiets sein muß. Uebrigens soll Aguinaldo selbst unlängst in einer Vorstadt Manilas gesehen worden sein. Sollte der Führer der Tagalen sich wirklich derartig tollkühn in die Höhle des Löwen hineingewagt haben, so könnte das nur im Vertrauen auf weitverzweigte und sichere Verbindungen geschehen sein. Ein heftigeres Ausbrechen des nur halb-erstickten Krieges darfs nach all' diesen Nachrichten als bevorstehend angenommen werden.“

England und Afghanistan. Die „Times“ bringen in ihrer zweiten Ausgabe nachstehendes Telegramm aus Lahore: Die „Civil and Military Gazette“ veröffentlicht einen Brief des Emirs von Afghanistan an einen vertrauten Diener, in welchem der Emir darüber Klage führt, daß jetzt, wo Afghanistan auf allen Seiten bedrängt werde, die britische Regierung keinerlei Interesse an ihm zu nehmen scheine und sich bestreite habe. Jedemal, wenn er bei einem russischen Angriff einen Gegenzug angeregt habe, sei er ohne Antwort von der indischen Regierung geblieben, außer daß ihm der Vorschlag gemacht sei, Afghanistan möge zu dem Bau von Eisenbahnen und Telegraphenlinien seine Zustimmung geben. Das sei aber unmöglich, da es ein Mittel sein würde, Afghanistan zu ruinieren. Der Emir schließt: Trotz aller dieser Sorgen habe ich mich 21 Jahre lang als festen Bundesgenossen der britischen Regierung bewährt, nun aber muß ich der indischen Regierung sagen, daß jetzt die Zeit zu Thaten ist, nicht zu Reden.

Wenn der Brief echt ist, so läßt er auf Englands Lage in Indien ein recht trübes Bild fallen. England hätte länger gehandelt, statt sich von einer Alique von Börsenjobbern in das südafrikanische Abenteuer stürzen zu lassen, seine Position in Indien gegen Rußland zu befestigen.

Partei-Nachrichten.

Die Nürnberger Parteivorgänge. Unser Nürnberger Parteiklubb erhält zu der Versammlung einer kleinen Gruppe von Parteigenossen, über die im dortigen Freisinnblatt berichtet wurde (siehe Nr. 88 des „Vorwärts“) 4 Zuschriften von Teilnehmern an dieser Besprechung, die erkennen lassen, daß diese Genossen die Notwendigkeit einiger Zusammenarbeitens durchaus anerkennen. Drei der Zuschriften wenden sich auch entschieden gegen die Bemühung der gegnerischen Presse. Wir geben die des Genossen Karl Engner, als „im Auftrage“ verfaßt, zur Klarstellung hier wieder. Sie lautet:

Nürnberg, 13. April 1900.

Wir halten es für absolut notwendig, im Interesse der Partei die Erklärung abzugeben: 1. Daß diejenigen Parteigenossen, welche sich am letzten Dienstag zu einer Besprechung in der Restauration zu den „Drei Königen“ zusammenfanden, mit dem schamhaften Schmeichele, welcher dem „Kurier“ Verleumdungen dienlich ist, nichts gemein haben. Nur ein ganz erbärmlicher Trost ist einer solchen Thot fähig. Zweitens ist es unklar, daß eine socialdemokratische Vereinigung gebildet wurde. Wahr ist, daß 20 bis 25 Genossen sich zusammenfanden, um darüber zu beraten, wie am besten der vor-handenen kolossalen Verwirrung zu begegnen sei. Es wurde beschloffen, von dem uns laut Statut zustehenden Recht, mittels 500 Unterschriften eine außerordentliche Generalversammlung zu beantragen, Gebrauch zu machen, mit der Tagesordnung: Neuwahl der Gesamtwahlleitung und des Parteisekretärs, mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß wenn die bisherigen Personen wiedergewählt werden, wir nichts dagegen einzusetzen haben, weil sie damit die Vertrauensprobe bestanden hätten. Zum Schluß wurde von einem Genossen erklärt, daß er als Parteisekretär den Genossen Engner in Vorschlag bringen würde. Im weiteren geben wir die Erklärung ab, daß wir infolge des Schurkenstreicks im „Kurier“ nicht das mindeste vor oder während der Wahl unternehmen, sondern mit vereinten Kräften schlagen werden. Bemerken wollen wir noch, daß wir nicht zu einer kleinen Clique gehören, die bemüht ist, Zwietracht in die Reihen der Genossen zu säen, sondern unser eifrigstes Bestreben ist, gesunde Zustände zu schaffen, das, was man uns jetzt vielleicht in die Schuhe schieben möchte, haben andre gründlich beforgt.

In der bürgerlichen Presse machen sich einige Stimmen geltend, die einer objektiveren Auffassung Raum geben, als man sie bisher bemerken konnte.

So schreibt die „Münchener Zeitung“, nachdem sie die Auerische Erklärung abgedruckt hat:

„Wenn diese Darstellung zutrifft, und daran ist nicht zu zweifeln, so kann der Parteileitung kein Vorwurf gemacht werden.“ Und die ebenfalls in München erscheinende „Neue Bayerische Zeitung“ kommt nach der Auerischen Darlegung zu der Erklärung: „Die Certel-Angellegenheit erhält dadurch eine andre Beleuchtung... Da kann doch nicht auf Beschwerde erhoben werden.“

Partei-Presse. Eine Parteiverversammlung in Halle beschloß, daß vom 1. Juli d. J. ab der Preis des „Vollblatts“ auf 60 Pf. per Monat erhöht werden soll, während es jetzt nur 50 Pf. kostet.

Ein internationaler Kongreß sozialistischer Studenten und ehemaliger Studenten wird im nächsten Herbst in Paris zusammenzutreten. Das Pariser Komitee ladet alle studentischen Vereinigungen, welche auf dem Boden der Socialdemokratie stehen, dazu ein; auch Einzelpersonen aus Ländern, wo die Bildung von Vereinen nicht möglich ist, werden zugelassen. Die provisorische Tagesordnung lautet: Socialistische Propaganda in Studentenkreisen; Stellung der sozialistischen Studenten in der Arbeiterbewegung; die Lage des intellektuellen Proletariats; Mittel und Wege zur Entfaltung von Verbindungen zwischen den Gruppen der verschiedenen Länder.

Landeskongreß der sächsischen Socialdemokratie.

Dresden, 17. April.

Im festlich geschmückten Triamonsaal und bei zahlreichem Besuch der Genossen aus Dresden und Umgegend begannen heute die Verhandlungen der sächsischen Landeskongreß.

Genosse Sindermann eröffnet die Beratungen. Die Landeskongreß habe in diesem Jahre

beraten. Es handelt sich darum, unsere Waffen neu zu schärfen gegen alle Maßnahmen der Reaktion. Was diese auch bisher gegen unsere Partei unternommen, uns ist es nicht schlecht bekommen. Die Antwort auf die Wahlrechts-Entziehung war die Eroberung der Dresdner Wahlkreise durch die Socialdemokratie. Genosse Sindermann heißt die Delegierten, die zahlreich aus allen Kreisen des Landes erschienen sind, im Namen des Central-Komitees und der Dresdner Genossen willkommen.

Das Bureau wurden gewählt als 1. Vorsitzender Schulze-Coffebau, als zweiter Vorsitzender Messing-Dresden. Eine Wahlprüfungskommission wird gewählt.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Bericht des Central-Komitees referierte Genosse Schulze-Coffebau: Unsere Thätigkeit im letzten Jahre nahmen wir auf mit der Agitation gegen die Justizhaushaltvorlage, mit der wir glücklich fertig geworden sind. Wir haben, obwohl alles gewissermaßen nebenbei gemacht werden mußte, eine umfangreiche Thätigkeit entfalten müssen. Die Kalenderverbreitung mußte noch Verbesserungen erfahren. Die Stichwahl im achten Wahlkreis habe gezeigt, daß ein Wahlkreis auch durch die besten Redner nicht gewonnen werden kann, wenn die politischen und wirtschaftlichen Vorbedingungen nicht vorhanden sind. Die Landtagswahl habe nicht enttäuschen können; es lag an unserer Uneinheitlichkeit und Interessenlosigkeit, wenn keine besseren Erfolge erzielt wurden. Da, wo unsere Genossen energisch in den Wahlkampf eintraten, seien 55 Proz. der Stimmen in der dritten Wahlerlos für uns abgegeben worden, während dort, wo unsre Genossen sich nicht rührten, die Gegner mit 15 Proz. der Wählerzahl ihre Wahlmänner durchbrachten. Infolgedessen müssen wir unter allen Umständen an dem stimmstärkenden Beschluß festhalten. (Beifall.)

Sindermann giebt den Kassenbericht: Es ist bedauerenswert, daß wir zur Wahl im 8. Kreise Geld von Berlin haben müssen. Andererseits haben die sächsischen Genossen für die Lößbauer Verurteilung ihr möglichstes gethan. Wir müssen die Mahnung des Parteisekretärs in Hannover beherzigen und für die Centralkasse mehr thun als bisher.

Ueber die Thätigkeit des sächsischen Landtags referiert:

Gräßdorf: Wir waren besorgt vor der Kritik unserer Genossen, da wir nur in so kleiner Zahl im Landtag zurückgeblieben waren. Wir haben gethan, was wir konnten. Redner bepricht die Finanzlage des Landes. Neue Steuerquellen müssen gefunden werden, da die Entwicklung fortschreitet, aber die konservative Partei stimmt gegen jede vernünftige Ausbildung des Steuerrechts. Weiter behandelt Redner die Stellungnahme des Landtags zum Koalitionsrecht der Staatsbahnen-Arbeiter, ferner die Justizpflege, die Polizeimaßnahmen, besonders beim Bergarbeiter-Streik, Gewerbeinspektion, Vangeßgebung, die konservative Interpellation über das Fleischschau-Gesetz. Sodann behandelt er die Stellung der Parteien unter einander und zur Regierung, besonders die üble Lage der Nationalliberalen, die jedem Druck der Konservativen sich beugen müssen, um ihre Mandate nicht zu verlieren. Der Landtag wird infolge des Dreiklassenwahlrechts immer weniger eine wirkliche Vertretung des Landes. Je industrieller Sachsin wird, um so agrarischer wird der Landtag. Das geistige Niveau des Landtags sinkt immer tiefer. Selbst der Regierung wird es stets schwieriger, die Interessen der Industrie einermöhen vor den agrarischen Ansinnen zu säugen. Unsere Partei wird nach wie vor gegen das jetzige System, gegen das Dreiklassenwahlrecht mit aller Schärfe kämpfen. Hoffentlich wird unser Kampf in Sachen in der Zukunft wieder ein einheitlicher werden, der dann auch zum Sturze des Dreiklassenwahlrechts und unsrer Partei von Erfolg zu Erfolg führen wird. (Langanhaltender Beifall.)

Grenz-Leipzig: Man soll doch nicht immer den Leipziguern die Schuld in die Schuhe schieben, daß die Wahlen zum Landtag nicht gut ausgefallen sind. Wir werden nie etwas Bedeutendes bei diesen Wahlen erreichen. Wir wünschen, daß eine endgültige Verständigung über die Beteiligungsfrage erzielt werden möge.

Genet: Die kleine Fraktion des Landtags hat vorzüglich gearbeitet. Es hat sich gezeigt, wie gut es war, daß unsre Genossen nicht freiwillig auf ihre Mandate verzichtet haben. Es war von großem Wert, daß zum Beispiel beim Kohlenarbeiter-Streik gründliche Kritik geübt wurde. Wenn kein Abgeordneter unsrer Partei mehr im Landtag ist, so wird die Presse vernichtete Verpöhlungen haben, die Landesangelegenheiten zu behandeln. Die Gegner werden nicht sich selbst überlassen bleiben. Die Presse wird dauernd auf dem Boden sein. Schon jetzt sei im Lande der Unwille groß gegen die Parteien des Landtags wegen Unterstützung der Fleischverkümmernspolitik. (Der überwachende Beamte ermahnt, den Landtag nicht so hoch zu kritisieren.) Die Agitation für das allgemeine Wahlrecht wird uns alle in Sachen zusammenführen. Wenn der Parteitag in Mainz über die Landtagswahlfrage beschloffen haben wird, wird es auch für uns leicht sein, im nächsten Jahr uns zu einigen, wie wir den Kampf zu führen haben. (Lebhafte Beifall.)

Goldstein: Gerade der Bergarbeiterstreik hat gezeigt, daß nichts zu erwarten ist von diesem Landtag und dieser Regierung; die Herren sitzen ja selbst in den Ausschüssen der Bergwerksgesellschaften. Wenn künftig das socialistische Bewußtsein nicht mehr im Landtag schlagen kann, so wird es außerhalb schlagen. (Beifall.)

Durch eine einstimmig angenommene Resolution wird der Landtagsfraktion für ihre Thätigkeit die Anerkennung der Landesversammlung ausgedrückt. (Schluß der Vormittagssitzung.)

Die zehnte Landesversammlung der Socialdemokraten Württembergs

wurde am ersten Oftertag in Stuttgart im Saale der „Arbeiterhalle“ abgehalten. Es waren insgesamt 99 Orte mit 21 Delegierten vertreten; die Genossen Diez und Sperka leiteten die Verhandlungen. Ein kurzes Referat des Genossen Bloss, der mit wenigen Strichen ein lichtvolles, anschauliches Bild der politischen Lage im Reich zeichnete, leitete den Parteitag ein. Au dieses schloß sich sofort ein Referat des Genossen Klotz über die gesetzgeberischen Erfolge des württembergischen Landtags, speciell die Steuerreform, an, die als einziges gesetzgeberisches Ueberbleibsel aus dem großen Reformwerk, das der nun zur Reize gehende Landtag ausführen wollte, der Erledigung in der letzten Periode des Landtags noch wartet. Der Vortragende umgrenzte scharf die beschränkte legislatorische Thätigkeit, welche dem Landtag innerhalb des Rahmens der Reichsgesetzgebung noch geblieben ist, wurde jedoch dieser Bedeutung des Landtags völlig gerecht und begründete die Notwendigkeit einer starken Vertretung der Socialdemokratie im schwäbischen Parlament aus der Geschichte der zu Ende gehenden Legislaturperiode. Die gesetzgeberische Ausbeute dieses Landtags kann nach dem Scheitern der Verfassungsreform und der Verwaltungsreform, welches der perfiden Haltung der schwäbischen Centrumpartei zu danken ist, nur gering sein. Hervorzuheben ist noch ein Gesetz über die Presse, welches die Erlegung eines Pflichtexemplars von Drucksachen auf deren Erscheinungsort beschränkt, und, als letzter Rest, der aus der Verfassungsreform gerettet worden ist, die Sicherung der Wahlfreiheit durch Einführung von Wahlcomités und Jollerräumen. Weiter ist es gelungen, die Volksschullehrer materiell besser und der Kirche gegenüber selbständiger zu stellen. Die Entscheidung über die Steuerreform steht noch aus; übrigens ist dieselbe nicht auf eine radikale Aenderung der Grundlage des bestehenden Steuerrechts, sondern nur auf die Wälderung von Härten berechnet, welche sich innerhalb des Rahmens der jetzigen Steuerrechte ergeben haben. An das sehr beifällig aufgenommene Referat des Genossen Klotz schloß sich eine kurze, werbeblühige Diskussion an. Hierauf gab der Vorsitzende des Landesvorstands, Genosse Fischer, einen Ueberblick über die Thätigkeit der obersten schwäbischen Parteibehörde. Der Vorstand hat nach dem den Delegierten gebührend vorgelegten Bericht eine rege und umfassende Agitation, insbesondere bei den drei Landtagswahlen des letzten Jahres, veranlaßt; die

Erfolge bei zwei Wahlen, in Geislingen und Araisheim, bezeichnete Fischer als befriedigend, während in Welzheim die Aufwendungen in keinem Verhältnis zum Erfolg standen. Auch müsse den Verpflichtungen an die Berliner Parteikasse in Zukunft mehr und pünktlicher nachgekommen werden.

In der Nachmittags-sitzung erstattete Genosse Schulz im Namen des Landesvorstands den Bericht über die Parteiorgane „Schwäbische Tagwacht“ und „Schwäbischer Volksfreund“. Von diesen hat das letztere, ein Wochenblatt, das auf Beschluß der letzten Landesversammlung ins Leben gerufen worden, ist, bisher namhafte Erfolge erzielt, und es wäre, wenn dieselben andauern müßten, zu befürchten, daß dadurch die Ueberflüsse der „Tagwacht“ nahezu aufgezehrt würden. Da zudem ein Antrag der Stuttgarter Parteigenossen eine Vergrößerung der „Tagwacht“ verlangte, so entspann sich eine lebhaft Diskussion über diesen Punkt. Es wurde mit großer Mehrheit beschloffen, einer Vergrößerung der „Tagwacht“ dem Landesvorstand anheimzugeben; ferner sprach man sich dahin aus, daß das Defizit des „Volksfreund“ durch eine Verbilligung des Herstellungspreises und mögliche Vergrößerung des Abonnentenstands beseitigt werden solle. Auch wurden von maßgebender Seite Änderungen in der Gesamtorganisation des Partei-Unternehmens angeregt. Alsdom gab Genosse Hildenbrand ein kurzes Referat über die kommenden Landtagswahlen, was den Delegierten Gelegenheit gab, sich über ihre Wahlkreise und zu den aus dem Lande gestellten Anträgen auszusprechen. Es wurde insbesondere beschloffen, zur Landtagswahl ein Handbuch für socialdemokratische Wähler herauszugeben. Zur Organisation fand ein Antrag Annahme, wonach der Landesvorstand mit dem Parteivorstand in Berlin über eine gleichmäßige Anschaffung der Mitgliedsbücher in Verbindung treten solle. Eine Resolution, welche den streitenden Schachmachern in Stuttgart die Sympathie der Versammlung ausdriickte und den Landesvorstand zur Beibehaltung einer Unterstützung aus der Landeskasse ermächtigt, fand einstimmige Annahme. Als Delegierter nach dem internationalen Kongreß in Paris wurde Genosse Hildenbrand gewählt. Da der bisherige Landesvorsitzende, Genosse Fischer, eine Wiederwahl beharrlich ablehnte, so wurde an seiner Stelle Genosse Wasner gewählt. Als Kassierer wurde Genosse Velli, als Beisitzer die Genossen Schulz und Priglass wiedergewählt, als Schriftführer Genosse Vehr neugewählt. Der Vorsitzende Diez machte dann noch der Versammlung die traurige Mitteilung, daß einer der ältesten Kämpfer der Partei, Genosse Vahler, in den letzten Tagen liege und seine Auflösung jede Stunde zu erwarten sei. Alsdom wurde die Versammlung mit einer referierenden Betrachtung des Genossen Diez über die Verhandlungen des Parteitags geschlossen.

Fünfter Parteitag der polnischen Socialdemokratie Deutschlands.

Der Parteitag, der von 36 Delegierten besucht ist, tagt im Englischen Garten. Ein Polizeivert Jocher aus Posen ist zur Ueberwachung anwesend. Solibrski-Berlin eröffnete den Kongreß. Als erster Vorsitzender wird Verfas-Berlin und als zweiter Marcel-Jahrgz gewählt; als Schriftführer Mieczkowski-Leipzig und Wlekinski-Rydzof.

Genosse Verfas übernimmt den Vorsitz mit einer Ansprache, worin er sich über die Polenpolitik der preussischen Regierung vertheilt. Er schließt mit den Worten: Wir müssen die Germanisierung entschieden verdammen. Wir müssen das Herz des Volks gewinnen und das können wir nur durch Liebe und Aufopferung. Ich verurteile den Posener Antrag, daß wir unsre Partei auflösen und uns der deutschen anschließen; der Antrag hat sehr schlecht auf unser Volk gewirkt und unsre Bewegung sehr beeinträchtigt. (Bravo.)

Im Geschäftsbericht klagt Morawski über die schwachen Mittel der Organisation, worunter die Agitation sehr zu leiden habe. Ueber polnische Genossen seien zusammen vier Jahre Gefängnis verhängt worden.

Nach dem Kassenbericht betrug für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1899 die Einnahme 3984,75 M., außerdem für die Zeitung 2976,26 M. Die Ausgaben für die Zeitung betragen 5823,87 M., so daß 1137,24 M. übrig bleiben. Vom 1. Januar 1900 bis 31. März beträgt die Einnahme 1068,87 M. und für die Zeitung noch 726,94 M.; die Ausgabe für die Zeitung 1447,58 M.; es bleiben übrig 288,23 M. Von dieser Summe wurden 282,50 M. für Litteratur ausgegeben, 1066,60 M. für Prozesse und Familienunterstützung, das übrige für mündliche Agitation.

Wietrowski-Hamburg beschwert sich darüber, daß die Partei keinen Delegierten zum letzten deutschen Parteitag entsendet hat, was von Morawski durch den Mangel an Mitteln erklärt wird.

Rosa Luxemburg wünscht, daß mehr in den eigentlichen polnischen Gegenden agitiert werde, da die Arbeiter in diesen Gegenden der Aufklärung bedürftiger seien wie diejenigen, die sich in deutschen Städten zur Arbeit aufhalten.

Wierbinski-Gnesen tritt ihr entgegen und verbindet damit den Ausdruck seiner Entrüstung über den von Posen gestellten Antrag.

Auch Karwil-Bremen spricht mit großer Entrüstung über diesen Antrag und meint, Gogowski's Agitation wirke germanisierend auf die Arbeiter. Der Redner wendet sich unter stürmischem Beifall gegen Winter-Beuthen.

Perkowski sagt, sie stünden nicht auf dem Standpunkt der deutschen, sondern auf dem der internationalen Socialdemokratie. Das Auftreten der Genossen Posens habe sehr bedauernd.

Gogowski-Posen tritt den erhobenen Vorwürfen entgegen, verteidigt die Haltung und die Agitationsweise der posenschen Genossen und weist auf die erzielten Erfolge hin.

Fiel-Berlin spricht der Genossin R. Luxemburg sein Mißtrauen aus, die sich schon mehrfach gegen die polnische Organisation genenbet habe.

Morawski beschwört die Polenschen Genossen, der Partei nicht solche Schwierigkeiten zu machen.

Rosa Luxemburg fährt aus, daß kein Grund zu Klagen gegen die deutsche socialdemokratische Partei vorhanden sei, sondern im Gegenteil Grund zum Dank gegen sie.

Nachdem ihr noch einige Redner entgegengetreten, wird der Posensche Antrag zurückgezogen, da es sich herausgestellt habe, daß keine Hoffnung auf seine Annahme vorhanden sei.

Den Schluß der Sitzung füllten Situationsberichte über den Stand der Bewegung in den verschiedenen Teilen des Reichs aus, worauf die Verhandlungen auf Montag vertagt werden.)

Vierte Generalversammlung des Verbands der Sattler und verwandter Berufsgenossen.

Erster Verhandlungstag.

Die Verhandlungen wurden am 2. Ofteriertag, vormittags 9 Uhr, im mittleren Saale des Gewerkschaftshauses eröffnet. Anwesend sind 31 Delegierte aus 26 Wahlbezirken und zwei Delegierte der handbawischen Bruderorganisationen.

Aus dem Bericht des Vorstandsvorstands, welcher von Sassenbach erstattet wird, ergibt sich eine erfreuliche Steigerung der Mitgliederzahl, in noch höherem Maße der Leistungsfähigkeit der Organisation, desgleichen eine zunehmende Stabilität des Mitgliederbestandes. Die Einnahmen des Verbandes in den drei Jahren 1897 bis 1899 beliefen sich auf insgesamt 54 888,67 M.

Die Zahl der Mitglieder ist in der letzten Berichtsperiode von 2103 auf 3116 gestiegen, die Zahl der Verwaltungsstellen von 57 auf 67.

*) Wir geben den Bericht über diese Verhandlungen auf Grund einer Zuschrift, die uns von der Kongreßleitung zugegangen ist. Für die Richtigkeit der Darstellung können wir keine Garantie übernehmen.

Die Ausgaben der Hauptkasse in der Berichtszeitungsperiode betragen 25 311,27 M. Die Gesamtausgaben des Verbands belaufen sich auf 44 517,04 M.

Die Gefundung der Kassenverhältnisse ergibt sich aus dem Umstande, daß in den letzten drei Jahren die Kosten für Lohnsätze ohne weiteres aus der Hauptkasse gezahlt wurden, während früher bei jedem Streit erst freiwillige Sammlungen veranstaltet werden mußten. Die beträchtlichen Ausgaben für Prozeß- und Gerichtskosten sind zum großen Teil auf Anklagen und Verteilungen des Medacteurs zurückzuführen, da sich verschiedentlich herausstellte, daß die eingehenden Berichte nicht immer in allen Einzelheiten den Tatsachen entsprachen.

Die Agitation im Osten ist nicht erfolgreich gewesen. Die internationalen Beziehungen sind durch den Abschluß eines Gegenständigkeits-Vertrags mit den skandinavischen Arbeiterorganisationen erweitert worden. Außerdem steht der Verband noch in engeren Beziehungen zu den österreichischen und schweizerischen Organisationen des Berufs. Der Vertreter des Ausschusses erklärt, daß beide Körperparteien stets in harmonischer Weise zusammengearbeitet haben. Verschiedene von Bedeutung gegen die Geschäftsführung des Hauptverbandes sind nicht eingelaufen.

Unter lebhaftem Beifall berichten dann die skandinavischen Vertreter über die Verhältnisse in ihrer Heimat. Dort sind alle Arbeiter des Berufs organisiert. Namens derselben sprechen sie den deutschen Arbeitern ihren Dank aus für die opferwillige Hilfe während der großen Aussperrung. Aus keinem andern Lande sind auch nur annähernd so hohe Stimmen zur Unterstützung eingelaufen. Daß die Aussperrung einen für die Arbeiter so günstigen Abschluß finden konnte, ist hauptsächlich der Solidarität der deutschen Arbeiterschaft zu danken.

In der Diskussion über den Vorstandsbericht tritt teilweise ein Gegensatz zwischen Militäresistenzen-Arbeitern und den in der Privatindustrie Beschäftigten zu Tage. Von den Vertretern der ersteren wird im Anschluß an eine Ausführung Sassenbachs der Meinung Ausdruck gegeben, daß eine Strömung im Verband vorhanden sei, die die Interessen der Militäresistenzen-Arbeiter hintanzusetzen will. Ein solches Verfahren sei nicht zu rechtfertigen, da die Lage dieser Arbeiter noch in jeder Beziehung verbesserungsbedürftig sei. Im übrigen wird anerkannt, daß der Vorstand nach Lage der Sache sein möglichstes getan habe und daß die feste Anstellung eines Beamten, der sich der Verbandsarbeit gänzlich widmen kann, nicht mehr von der Hand zu weisen sei.

Sassenbach erklärt, daß der Vorstand nicht die Militäresistenzen-Arbeiter zurückgesetzt habe, sondern daß nur nicht mehr wie früher ausschließlich die Militärkämpfer bei den Lohnbewegungen berücksichtigt worden seien.

Bei der Beratung über Lohnbewegungen und Streikreglement wird getadelt, daß der Hauptvorstand in einigen Fällen die Mittel zur Weiterführung von Streiks verweigert hat. Ganz entschieden aber müsse man sich dagegen wenden, daß seitens des Vorstands erklärt wurde, bis zu dem Zeitpunkt muß der Streik beendet sein, dauert derselbe länger, dann gibt es keine Unterstützung mehr. Auch hierbei dreht sich die Diskussion vielfach noch um die Lage der Militärkämpfer. Es wird ausgeführt, daß die Arbeit in diesen Betrieben vielfach desorganisiert auf die Arbeiter wirkt. Dieses sind zur Situation geradezu verurteilt. Aus andern Berichten ergibt sich, daß bei skandinavischer und umsichtiger Leitung auch ohne große materielle Opfer gute Erfolge erzielt werden können.

Das zur Annahme gelangte Streikreglement bestimmt u. a., daß Streikunterstützung von 1. Tage ab gezahlt wird. Arbeitseinstellungen sollen nur dann stattfinden, wenn vier Fünftel der beteiligten Arbeiter sich in gemeinsamer Abstimmung dafür erklärt haben. Sämtliche Streiks unterstehen der Oberleitung des Verbandsvorstandes, welcher auch darüber entscheidet, ob überhaupt eine Arbeitseinstellung stattzufinden hat oder nicht. Weitere Voraussetzungen für die Genehmigung ist noch, daß bei Angriffstreiks alle Beteiligten, bei Abwehrstreiks die Mehrzahl organisiert ist. Streiks, welche gegen diese Bestimmungen inszeniert werden, haben keine Genehmigung auf Unterstützung. Die Streikunterstützung wird festgesetzt: für Unverheiratete pro Woche 10 M., Verheiratete pro Woche 12 M. und jedes Kind 1 M.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Holzarbeiter Rixdorf: Die am 15. d. M. in der Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbands, Rixdorf, findet nicht am Mittwoch, den 18., sondern am Donnerstag, den 19. April, abends 8 Uhr, in den Victoria-Sälen statt.

Die am 15. und 16. in Braunschweig abgehaltene Konferenz der lokalorganisierten Handelsreisenden beschloß eine Kommission zu wählen, welche gemeinsam mit dem Vorstand des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter die Vereinigungsbedingungen der lokalen Nahrung mit der centralen festzusetzen hat.

Hoffentlich führt obiges Beginnen endlich zum Zusammenschluß der beiden Richtungen und damit zur Beendigung des unliebsamen Bruderkrieges.

Zum Wasserstreik in Köln wird uns von dort depechiert: Die Berichte bürgerlicher Blätter, daß der hiesige Wasserstreik beendet sei, sind unrichtig. Zugang ist nach wie vor fernzuhalten.

Achtung, Gärtler! München, 17. April (Privatdepeche des „Vorwärts“). Ein Vertreter der Firma Adolf Roth, München bereist Norddeutschland, um Gärtler anzuwerben. Die Gärtler der genannten Firma befinden sich seit acht Wochen im Streik. Das Streikkomitee hat seinen Sitz: Rumsfordr. 37.

Die Gummi-Arbeiter der Gummi-Fabrik in Waltersdorf bei Wien sind in den Streik getreten. Die deutschen Berufs-genossen werden ersucht, den Zugang streng fernzuhalten.

Italienerstreik in New York. An den Croton-Wasserwerken streiken 750 Italiener um Lohnserhöhung. Ein hiesiges Blatt berichtet darüber folgendes: Der Streik nimmt äußerst bedrohliche Formen an, da die Italiener sich weigern, die Wasserwerke zu verlassen, und am Sonntag bei einer improvisierten Messe mit 135 Gewehren bewaffnet erschienen. 250 Mann Militär wurden entsandt, wovon ein Sergeant bereits erschossen wurde. Die Streiker drohen die Werke zu zerstören, wodurch New York die Wasserzufuhr abgeschnitten und das Thal unter Wasser gesetzt würde.

Geriichts-Zeitung.

Daß es manchem als ein Kinderspiel erscheinen muß, eines der wichtigsten von der Justizverwaltung angeordneten Bestrebungen des Arbeiterlokalisationsrechts durch ein einfaches Polizeireglement aufzuheben, hat sich wiederum durch eine Verhandlung vor dem Kammergericht gezeigt. Als in einer Fabrik in der Ritterstraße von Berlin gestreikt wurde, beobachtete der Arbeiter Hein die Fabrik von der andern Seite der Straße. Ein Schutzmann verbot ihm, dort immer hin und her zu spazieren, und forderte S. auf, sich zu entfernen. S. ging darauf in die Ritterstraße hinein und blieb dort so stehen, daß er noch einen Teil der Ritterstraße übersehen konnte. Er wurde deshalb beschuldigt, das Berliner Straßenpolizei-Reglement von 1867 übertreten zu haben, und zwar warf man ihm vor, daß er einer polizeilichen Anordnung, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit auf öffentlicher Straße ergangen wäre, nicht gefolgt sei. Das Landgericht als Berufungsinstanz verurteilte auch den Angeklagten zu einer Geldstrafe und führte aus, daß durch das Umherstreifen von Streikposten die Ruhe und Sicherheit

auf den Straßen gefährdet werde. S. legte Revision ein und betonte, daß er sich ja tatsächlich auf das Verlangen des Schutzmannes entfernt habe und nach der Ritterstraße gegangen sei. Seines Erachtens könnte es ihm niemand verwehren, sich in einer Nebenstraße aufzuhalten. Die Revision wurde jedoch vom Kammergericht mit folgender Begründung verworfen: Das Landgericht habe mit Recht angenommen, daß S. der Anordnung des Beamten nicht nachgegeben sei. Er habe sich tatsächlich nicht aus der Nähe der Fabrik entfernt, wenn er in der Ritterstraße sich so aufgestellt habe, daß er noch den betreffenden Teil der Ritterstraße beobachten konnte.

Daß die Arbeiter sich durch solche Urteile keineswegs von der notwendigen Pflicht des Streikpostenstehens abhalten lassen werden, versteht sich am Rande, gerade so wie es selbstverständlich ist, daß sie im Hinblick der verchiedenen auf Grund des Großen Unlug-Paragrafen ergangenen Urteile heute wie ehedem in Streikfällen vor Zugang zu warnen. Aber wie sehr, so fragen wir, müssen gerade die an der Erhaltung der heutigen Ordnung interessierten Kreise die Rechtsüberwindung zu beklagen haben, die aus Urteilen, wie dem vom Kammergericht gefällten, erwachsen kann?

Bankier August Sternberg hat gegen das Urteil der neunten Strafkammer Revision angemeldet. Infolge des Freispruchs Sternbergs von zwei Fällen der Anklage ist der wegen Begünstigung verhaftete Direktor Luyba am Sonntagabend aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Die Entlassung erfolgte auf Antrag der Verteidigung und wurde vom Staatsanwalt selbst bestritten. Gegen Herrn Luyba bleibt nur noch der Vorwurf bestehen, daß er verurteilt habe, in dem Fall des Mädchens Wonda eine Jengin in unzulässiger Weise zu beeinflussen.

Von beispiellos niedriger Geminnung zeugte das Verhalten des 23jährigen Mechanikers Otto Rabell, der sich gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I wegen schweren Diebstahls, Einführung und versuchter Erpressung zu verantworten hatte. Die Verhandlung ergab folgenden Tatbestand: Der Angeklagte verlehre in dem Lokale des Schankwirts R. und wachte durch sein einschmeichelndes Wesen die Reizung dessen 19-jähriger Tochter zu gewinnen. Obgleich die Eltern des Mädchens mit dem Verhältnis keineswegs einverstanden waren, wußte es der Angeklagte doch durchzusetzen, daß es zu einer Verlobung kam. Von diesem Zeitpunkt an war das bis dahin ordentliche Mädchen wie umgewandelt. Der Angeklagte ließ eine dämonische Gewalt auf sie aus. Der Schankwirt R. bemerkte wiederholt, daß ihm Geldbeträge aus seiner verschlossenen Kassette gestohlen wurden. Seine Tochter räumte ein, die Täterin zu sein, ihr Bräutigam habe ihr gezeigt, wie die Kassette mittels eines Dietrichs zu öffnen sei, und sie zum Stehlen angehalten. Das Geld habe sie dem Angeklagten aushändigen müssen. Die Eltern hoben nur natürlich die Verlobung auf, der Schankwirt R. wies dem biederem Ehemann die Thür. Dieser beschloß die Freigabe, den Schankwirt R. in dessen Lokal und in Gegenwart anderer Gäste zu beschuldigen, daß er mit seiner eignen Tochter Blutschande getrieben habe. Als der Angeklagte erfuhr, daß R. ihn wegen dieser Beschuldigung vor den Schiedsrichter hatte fordern lassen, ging er zur Polizei und gab dort dieselbe Bezeichnung gegen R. zu Protokoll. Dann stahl er seinem Vater 600 M. Er hatte immer noch so großen Einfluß auf die Tochter der R.'schen Eheleute, daß er sie zu bestimmen wußte, heimlich das elterliche Haus zu verlassen und mit ihm nach Hamburg zu fliehen. Der Angeklagte redete ihr vor, daß sie nur ihren 20. Geburtstag abzuwarten brauche, dann könnten sie ohne Einwilligung der Eltern heiraten. In Hamburg war das gestohlene Geld bald verbraucht und ein Forderung der Angeklagten an R. einen Brief, worin er seine schärfere Bezeichnung wiederholte und wiederum mit Anzeige drohte, wenn er nicht eine größere Summe erhalte. Gleichzeitig zwang er seine Braut, an ihre Mutter zu schreiben, die genauesten Einzelheiten zu erzählen, die angeblich ihr Vater auf das schändlichste mit ihr vorgenommen, und sie um Geld zu bitten. R. verhielt sich schweigend, die Mutter des beschriebenen Mädchens ließ sich dagegen verleiten, dem flüchtigen Paar einen erheblichen Betrag zuzuschicken. Am folgenden Abend traf die Tochter reuig und zerknirscht im Elternhause wieder ein; sie hatte 40 Pf. in ihrem Besitz. Der Angeklagte hatte die Geldsendung ihrer Mutter in Empfang genommen, seiner Braut so viel Reisegeld gegeben, daß sie gerade nach Hause gelangen konnte, und hatte selbst dann eine Vergnügungstour nach Italien angetreten. Als seine Mittel erschöpft waren, kehrte er zurück und wurde nun verhaftet. Im gestrigen Termin behauptete die Jengin R., daß sein wahres Wort an den Schändlichkeiten sei, die sie ihrem Vater habe nachsagen müssen. Der Angeklagte habe sie geprügelt und mit Erbschneidern bedroht, wenn sie den Brief nicht nach seinem Diktat schreibe. Staatsanwalt Krebs bezeichnete den Angeklagten, gegen den er eine Zuchthausstrafe von anderthalb Jahren beantragte, als einen ehrlosen Schurken, und auch der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Oppermann, äußerte sich bei der Urteilsverkündung in gleicher Weise. Das beantragte Strafmaß wurde erheblich überschritten, es wurde auf zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus und dreijährigen Ehrverlust erkannt.

Der „Groß-Unlug-Paragraf“ war gegen den Architekten Lidow zur Anwendung gebracht worden auf Grund folgenden Tatbestands: An einem Januartage bemalte der Angeklagte die Stadthaus. In dem Abteil, in welchem er Platz nahm, befand sich nur noch eine junge Frau. Der Angeklagte setzte sich ihr gegenüber und brachte geflissentlich seine Beine mit den Füßen in Berührung. Die junge Frau verbat sich dies entschieden und drückte sich so weit wie möglich in eine Ecke, der Angeklagte setzte aber seine Zudringlichkeiten fort, bis der Zug hielt und die junge Frau es vorzog, auszustiegen. Vermisstätiger ließ sie die Persönlichkeit des Verleßten feststellen. Das Schöffengericht hatte für das unzüchliche Verhalten auf eine Haftstrafe von drei Tagen erkannt, von dem Grundsatze ausgehend, daß die Fahrgäste in einem öffentlichen Verkehrsmittel vor dergleichen Ausschreitungen energisch geschützt werden müssen und daß der Angeklagte, gerade weil er den gebildeten Ständen angehört, mit einer Geldstrafe nicht davon kommen dürfe. Der Verurteilte legte Berufung ein und bat im gestrigen Termin vor der achten Strafkammer, mit Rücksicht auf seine etwas anmierte Verfassung bei Begehung der That ihn nicht so scharf anzusehen. Der Gerichtshof gab den Bitten des Angeklagten insoweit Gehör, als auf eine Geldstrafe von 30 M. erkannt wurde.

Der Krieg.

Nach verschiedenen Nachrichten sollen die Boeren die Belagerung von Wepener angeheben haben, indes ist kein rechter Grund ersichtlich, weshalb die numerisch viel stärkeren Boeren von einer weiteren Einschließung des kleinen 500 Mann starken Häufchens der Engländer Abstand genommen hätten. Der Grund der Aufhebung der Belagerung könnte nur darin zu suchen sein, daß die bisher bei Wepener stehenden Boerenkommandos zu anderen, bisher noch nicht erkennbaren Operationen verwendet werden sollten. Durch Angriffe von englischer Seite kam der Abzug nicht herbeigeführt worden sein, da über neuerliche Entschuldigungsveruche der Engländer nichts gemeldet wird. Darüber, nach welcher Richtung die Boeren abgezogen sein sollen, herrscht ebenfalls Unklarheit. Die eine Nachricht meldet den Rückzug nach Säder, während ein andres Telegramm die Boeren nach Norden sich zurückziehen ließ. Die

englischen Verluste

während der viertägigen Einschließung in Wepener betragen nach amtlicher Mitteilung 18 Tote und 132 Verwundete. Die Boeren sollen außerdem bei Wepener 500 Schlachtopfer, sowie Pferde und Maultiere erbeutet haben.

Von weiteren Truppenbewegungen

wird gemeldet, daß 6000 Boeren sich Vethulle näherten. Vethulle liegt ca. 150 Kilometer südlich von Bloemfontein. Sollten die von Wepener abgezogenen Boeren sich südlich gewendet haben, so könnte eine Vereinigung mit dieser an der Südgrenze des Freistaats operierenden Boerenmacht beabsichtigt sein.

Aus Maseking

ist ein englischer Rundscharfer, Lieutenant Schmitzeman (nach anderer Lesart Smyman) am 8. nach Plumers Lager zurückgekehrt. Nach seinen Meldungen stand es in Maseking bis zum 5. „gut“. Die Beschließung aus fünf Boerengeschützen dauert fort.

In Natal

scheinen sich die Boeren wieder zurückgezogen zu haben. Wenigstens lautet ein Telegramm vom 16.:

Die Boeren haben sich aus dem Klanslaagte-Distrikt hinter die Diggarsberge zurückgezogen. Ihre Aktivität in den letzten Tagen war offenbar nur ein Scheinmanöver, das den Rückzug einer Boeren-Abteilung von Wochbank decken sollte.

Verschiedene kleinere Boeren-Erfolge

werden vom „Heroldischen Depeschen-Bureau“ unterm 16. April von London gemeldet:

Die Blätter berichten aus Bloemfontein, daß eine Patrouille des Royal Irish-Regiments unter Führung des Lieutenants Lord Rosselin von den Boeren überrascht und gefangen genommen worden ist. In Bloemfontein eingelaufenen Meldungen zufolge ist General Drabant mit ca. 1000 Mann in der Nähe von Robertown bei der Jammersberg-Burg umzingelt. Er wird kaum den Boeren-Kommandos, welche ihn einschließen, entschlüpfen können.

Berichte aus Brandfort vom 13. melden, daß von Bloemfontein am Truppen zur Unterstützung des Generals Drabant abgegangen seien, die von den Kommandanten Pefini und de Wet in ein Gefecht verwickelt worden seien.

Der Boerenkommandant de Wet hat in Erfahrung gebracht, daß die Boeren von Rouville den Engländern schwere Verluste beibringen haben, als diese sich aus Smithfield nach Wolfeslop zurückzogen. — In Bloemfontein herrscht großer Wassermangel.

Natururteile gegen „Aussändische“

Das Kriegsgericht verurteilte zwei Aussändische aus der Kapkolonie zu fünf bzw. zehn Jahren Zuchthaus. Die Urteilsprüche wurden vorher von Roberts bestätigt. Die Gefangenen waren keine Rädelshörer, sondern hatten sich einfach den Boerenkommandos angeschlossen. Man glaubt, daß die Urteilsprüche eine abschreckende Wirkung haben werden. Ob man aber nicht nur noch größere Erbitterung hervorruft und die Boeren zu Repräsentationen veranlaßt?

Ueber die

Mission der europäischen Boerengandtschaft

bringt die „Volks-Zig.“ den Bericht eines Mailänder Korrespondenten, der von dem Uebel der Boerengandtschaft selbst durchgesehen worden ist. Der Bericht ist leider ebenso inhaltslos, wie lang. Worin die Mission der Gandtschaft besteht, was sie bisher unternommen hat, wird diplomatisch verschwiegen, der Bericht hat daher nur als Dementi kurrerender Sensationsberichte Bedeutung. Freilich kann man von mit einer schwierigeren diplomatischen Mission beauftragten auch keine besondere Geschwätzigkeit erwarten. Interessant ist an dem Bericht nur zweierlei: erstens, daß Staatssekretär Graf Bülow sich seit 8 Tagen in geheimnisvoller Mission in Lugano befindet, angeblich zum Besuche eines kranken Bruders, der aber gar nicht existiert. (Die „V.“ deutet an, daß Dr. Lehds zur nämlichen Zeit unter irgend einem Vorwand auf einige Tage aus Mailand verschwunden gewesen sei.) Und zweitens, daß von der Gandtschaft die Streikkräfte der jetzt im Felde stehenden Boeren auf insgesamt nur 25 000 Mann, darunter 3000 Afrikaner, angegeben werden.

„Unsre Streikkräfte“, führte der interviewte Dr. Fischer aus, wurden von Anfang an auf englischer Seite doppelt und dreifach höher angegeben als sie der Wirklichkeit entsprechen, mit diesen Riesenziffern entschuldigten unsre Gegner ihre Niederlage und vergrößerten ihre Siege. Wir können den Nachweis erbringen, daß mehr als einmal eine kleine Truppe, von denen ein Drittel oder ein Viertel, sogar nur 300 Mann, unter dem Kommando von 2 Kornets allein ins Feuer kamen, 18 000 Engländer wochenlang in Schach hielten und ihnen 1200—2000 Mann Tote und Gefangene verursachten; wir kennen die Verluste unsres Feindes genau; sie bilden das Fünftel der unsrigen.“

Im übrigen beschränkte Dr. Fischer sich auf Dementieren. Das Projekt einer Reise nach Berlin zum Zweck einer Audienz bei dem deutschen und dem österreichischen Kaiser erklärte er für „Ausgeburt einer krankhaften Phantasie“. Beabsichtigt sei vielmehr, als Gäste der Königin nach Haag zu reisen (wo sie inzwischen bereits angekommen ist) um von dort aus Europa mittels der nötigen Dokumente über das Anrecht Englands aufzulären. Wie wir des weiteren unsre Mission ausführen werden, das wissen wir zur Stunde selber noch nicht.“

Es ist immerhin anzunehmen, daß die Gandtschaft sich weniger auf den Erfolg des Nachweises ihres Rechts verläßt, als auf anderweitige Schritte. Was sie aber thun wird, darüber mögen sich einstimmen andre in den verwegenen Mutmaßungen ergehen.

Letzte Meldungen.

London, 17. April. Das „Reuterische Bureau“ meldet aus Masering vom 16. ds. Mis.: Patrouillen der Boeren berichten von dem Vorzücken englischer Truppen zum Entzage von Wepener. Die Hauptmacht der Boerensireikkräfte soll darauf dringen, die Belagerung Wepeners aufzuheben; der Kommandant Olivier aber widerlegte sich diesem Schritte. — Dasselbe Bureau meldet aus Veira vom 14. d. M.: Drei Transportschiffe mit australischen Wuchsmännern an Bord sind hier eingetroffen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Hamburg, 17. April. (W. T. V.) Bei einer Segelfahrt, welche gestern nachmittag drei junge Leute aus Blankenese unternahmen, schlug infolge des heftigen Sturmes das Boot um. Alle drei Insassen ertranken trotz sofortiger Rettungsversuche.

Preßburg, 17. April. (W. T. V.) Einem hier zirkulierenden Gerücht zufolge soll die große Eisenbahnbrücke bei Malaczja eingestürzt sein. Einzelheiten fehlen noch.

Saffurt (Unterfranken), 17. April. (W. T. V.) Im Dorfe Happershausen brannten heute 25 Häuser nieder; die Kirche konnte gerettet werden.

Rom, 17. April. (W. T. V.) Laut Blättermeldungen wurde in Ancona ein anarchistisches Komplott entdeckt, das die Aufgabe hatte, einen Aufstand ins Werk zu setzen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen, dergleichen wurde eine reichhaltige Korrespondenz aus Amerika beschlagnahmt, welche stark kompromittierend ist.

Brüssel, 17. April. (W. T. V.) Nach Privatmeldungen aus dem Kongostaat sind vier Weiße von den Dumbos ermordet worden. Neun Agenten des Kongostaats wurden wegen der begangenen Verbrechen unter Anklage gestellt. Kommandant Lothaire soll ebenfalls kompromittiert sein.

London, 17. April. Das „Reuterische Bureau“ meldet aus Tanger: Die Besetzung Luato und Islio durch die Franzosen verursachte große Erregung in den amtlichen Kreisen Marokkos. Ein hoher Beamter ist heute hier eingetroffen, um formellen Protest zu erheben. Es wird befürchtet, daß der wichtige Handel mit Zosleit zum Nachteil des marokkanischen Schayes nach Algerien abgelenkt werde.

Tarnopol, 17. April. (W. T. V.) Drei hiesige Polizeibeamte wurden verhaftet, weil sie seit längerer Zeit beim Nachtdienst Einbrüche verübt haben.

Verband der in Buchbindereien zc. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Die am Sonntag abgehaltene Sitzung begann mit einem unliebsamen Zwischenfall. Der überwachende Polizeikontinent verlangte nämlich, daß entweder die anwesenden weiblichen Personen den Saal verlassen oder die Sitzung erst nach Beendigung des Gottesdienstes beginnen dürfe, denn — so begründete der Beamte sein sonderbares Verlangen — wenn die Versammlung eine öffentliche sei, so dürften wohl Frauen an derselben teilnehmen, dann dürfe aber die Versammlung nicht während der Kirchzeit tagen. Handelt es sich aber um eine Vereinsversammlung, die während des Gottesdienstes stattfinden darf, dann müßten die Frauen sich entfernen. Der Beamte wurde zwar darauf aufmerksam gemacht, daß der Verband der Buchbinder kein politischer Verein ist, was schon daraus hervorgehe, daß denselben seit jeher weibliche Mitglieder angehören, was auch den Behörden bekannt sei, und daß also die Voraussetzungen des Polizeikontinenten nicht zutreffen. Der Beamte bestand aber auf seinem Verlangen, und, um einer etwaigen Störung der Verhandlungen vorzubeugen, verließen die Zuhörerinnen, sowie eine weibliche Delegierte den Saal. Gleichzeitig begab sich ein Vorstandsmitglied nach dem Polizeipräsidium und kam nach zweistündigen Bemühungen — die höheren Polizeibeamten waren nicht anzutreffen — mit dem Bescheid zurück, daß das Verlangen des überwachenden Beamten ungerechtfertigt sei. Die Frauen nahmen nunmehr wieder an der Sitzung teil.

Von den vom Verbandstag gefassten Beschlüssen heben wir folgende hervor:

I. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, Erhebungen über Gefängnis- eventuell auch über Arbeitslosarbeiten unserer Branchen zwecks Agitation zu veranstalten.

II. Es sei der Verbandsvorstand zu veranlassen, Erhebungen zu pflegen:

- 1. Wie viel Parteidruckereien eigene Buchbindereien besitzen.
2. Ob die Buchbinderarbeiten solcher Parteidruckereien, welche keine Buchbindereien eingerichtet haben, in Werkstätten angefertigt werden, deren Inhaber mindestens die von Seiten des Verbands aufgestellten Forderungen erfüllen.
3. Auf Grund dieser Erhebungen sollen alle Parteidruckereien veranlaßt werden, eigene Buchbindereien einzurichten, wo letzteres jedoch absolut nicht möglich ist, sollen die Buchbinderarbeiten wenigstens nur an solche Firmen vergeben werden, welche die Forderungen des Verbands erfüllen.

Der vorstehende Antrag wurde von mehreren Delegierten damit begründet, daß verschiedene sozialdemokratische Parteidruckereien, die nicht selber Buchbinder beschäftigen, ihre Buchbinderarbeiten nicht selten in solchen Geschäften anfertigen lassen, in denen die ungünstigsten Arbeitsbedingungen herrschen. Diesem Uebelstand müsse man entgegen treten.

Nach Erledigung einiger minder wichtigen Anträge ging man zur Beratung der Frage der Tarifvereinbarungen über. Der Vorstandsvorstand sagt zu diesem Punkt: In Leipzig bestehen seit dem 1. September 1897 Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Diese Vereinbarungen haben sich gut bewährt. Mit der immer mehr zunehmenden Einführung der Accordarbeit in der Buchbinderei, besonders in den Buchhändlerstädten, ergibt sich die Notwendigkeit, möglichst auf Verallgemeinerung tariflicher Vereinbarungen hinzuwirken. Auf Vereinfachung der Accordarbeit kann die Organisation heute ihre Kraft nicht mehr verlegen, da die Accordarbeit im Wesen der kapitalistischen Produktion liegt und man deshalb den Kampf gegen diese Art der Entlohnung immer wieder von neuem aufnehmen müßte, nachdem man an dem einen oder andern Ort die Abschaffung der Accordarbeit erzwingen hätte.

Der Referent A. Loh - Leipzig trat für Tarifvereinbarungen nach dem Beispiel Leipzigs ein. Er bemerkte unter andrem, daß seit dem Bestehen des Tariffs die Mitgliederzahl der Organisation in Leipzig wesentlich gewachsen sei. Besonders sei es notwendig, daß die Kollegen in den großen Städten, wo sich die Accordarbeit nicht mehr abschaffen lasse, dafür zu sorgen, daß der Leipziger Tarif eingeführt werde. Die Redner, welche sich an der Debatte beteiligten, stellten sich zum größten Teil auf den vom Referenten vertretenen Standpunkt. Nur einzelne Delegierte erklärten sich für prinzipielle Gegner der Accordarbeit und wünschten, daß der Verbandstag durch Beschluß zum Ausdruck bringen möge, er billige nur unter dem Zwang der Verhältnisse die Accordarbeit. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

Der Verbandstag hält es, obgleich er prinzipiell Gegner der Accordarbeit ist, in Erwägung, daß die Stückerarbeit in unserm Gewerbe in immer höherem Maße Eingang findet, teils dadurch, daß Leipziger Firmen Filialen in verschiedenen Städten errichten, teils, weil auch in kleineren Städten größere Betriebe errichtet werden, die entweder sofort oder nach und nach zur Stückerarbeit übergehen — für eine unbedingte Notwendigkeit, daß ein allgemeiner gültiger Tarif für alle in Betracht kommenden Städte untrüglichen Verurs zur Durchführung gebracht wird. Dieser Tarif muß außer den Wesen für Stückerarbeiten die Regelung der Arbeitszeit, des Minimallohns, der Löhnerzahlung der Heberzeitarbeit sowohl für Arbeiter als auch für Arbeiterinnen enthalten.

Ferner wurde folgender Antrag angenommen: Die Delegierten zum Verbandstag verpflichten sich in ihren Wahlbezirken bezw. bei den bezüglichen Zahlstellen dahin zu wirken, daß unverzüglich Erhebungen angestellt werden darüber:

- 1. In wie weit ist die Entlohnung nach Stückpreisen eingeführt?
2. Wird bei Stückerarbeiten die Berechnung nach Leipziger Tarif angewendet, oder wird über oder unter demselben bezahlt?
3. Welche Mittel hält man für geeignet, um die Einführung eines allgemeinen Tarifs zu verwirklichen?

Auf der Tagesordnung der Montags-Sitzung stand der Ausbau des Unterstützungs wesens. Gegenwärtig gewährt der Verband Arbeitslosen-Unterstützung an männliche Mitglieder pro Tag 1 M. bis zur Höhe von 20 M. nach Schwöchentlicher und bis 40 M. nach 2wöchentlicher Mitgliedschaft und an weibliche Mitglieder pro Tag 50 Pf. bis zur Höhe von 15 M. nach 2wöchentlicher Mitgliedschaft.

Der Verbandsvorstand beantragt jetzt, die Arbeitslosen-Unterstützung darauf zu regeln, daß sie mit der Dauer der Mitgliedschaft steigt, außerdem sollen Umzugskosten und Sterbegelder gewährt werden, ohne daß der bisherige Beitrag erhöht wird. Von der Zahlstelle Hamburg liegt ein Antrag vor, der bei einer Erhöhung der Beiträge von 35 auf 65 Pf. wöchentlich für männliche und von 15 auf 20 Pf. für weibliche Mitglieder die Einführung der Invaliden- und Kranken-, sowie den Ausbau der Arbeitslosen-Unterstützung fordert. — In diesen Anträgen liegen zahlreiche Unteranträge vor.

Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: Die Höhe des Beitrags bleibt unverändert. Invaliden- und Krankenunterstützung wird nicht eingeführt. Arbeitslosen-Unterstützung wird gewährt:

Table with 2 columns: Category (An männliche Mitglieder, An weibliche Mitglieder) and Amount (Nach 2wöchentl. Karenzzeit pro Tag, bis zur Höhe von). Rows show amounts from 0.50 to 2.00 M.

General-Versammlung des Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verbands.

Altenburg, den 14. April 1900.

Hier begann heute die 11. General-Versammlung des Verbands Deutscher Berg- und Hüttenarbeiter. Zu Vorsitzenden werden gewählt Strunz - Jwida, Schröder - Dortmund und Sasse - Jwida. Anwesend sind ca. 100 Delegierte.

Möller - Bochum berichtet zu Punkt 1: Bericht über den Stand des Verbands. Redner gab einen Überblick über die Fortschritte der Organisation sowohl in finanzieller Hinsicht als auch in Bezug auf die Mitglieder. Wir haben bereits aus dem Bericht einen Auszug gebracht. Auf die Lohnverhältnisse eingehend bemerkt Redner: Die Lage der Unternehmer über stark gestiegene Arbeitslöhne ist nicht berechtigt, die geringe Steigerung der Arbeitslöhne steht in gar keinem Verhältnis zur Steigerung der Unternehmergewinne. Nie hat das Lebensmittelpreis so überhandgenommen, als gerade gegenwärtig. Die amtlichen Berichte, die das Gegenteil behaupten, entsprechen nicht den Thatsachen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Berg- und Hüttenarbeiter haben sich, wenn man die gestiegenen Lebensmittelpreise in Betracht zieht, nicht gebessert. Wesentlich erschwert die Agitation durch den sehr stark fühlbaren Mangel an tüchtigen Rednern. In welcher Weise die vorhandenen Kräfte angestrengt werden, das geht am besten aus der Thatsache hervor, daß in 10 Monaten 423 öffentliche Versammlungen stattgefunden haben, nicht gerechnet die Mitgliederversammlungen, in denen Vorträge gehalten wurden.

Auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes sind Fortschritte so gut wie gar nicht zu verzeichnen, nur das kann konstatiert werden, daß man jetzt auf den Werken mehr als je bedacht ist, vorhandene Unregelmäßigkeiten zu verbergen. Gründlicher Bergarbeiter-schutz ist nur möglich durch Erlass eines Reichsberggesetzes.

Aber auch an polizeilichen Verfolgungen hat es dem Verband nicht gefehlt. Der Versuch, für die Herner Strawalle den Verband verantwortlich zu machen, ist total mißlungen, dem Rechtschutz der Mitglieder wurde die größte Aufmerksamkeit zugewendet, teilweise sind eigene Anwaltstellen errichtet worden. — Beliebt bei allen Arbeiterfreunden, gehört von allen Arbeiterfreunden ist das Verbandsorgan, dessen Stand als vortrefflich bezeichnet werden kann.

In der Debatte über den Bericht werden einige Beschwerden unweitlicher Art vorgebracht.

Den Bericht der Kontrollkommission und des Ausschusses erstattet Kühlenbed, der die musterhafte Geschäftsführung betont und Decharge für den Vorstand beantragt. Die Decharge wird einstimmig erteilt.

Es folgt nun als Punkt 3: Die Aufgaben unserer Organisation zc. und der Ausbau unseres Verbands und die dazu vorliegenden Anträge. Referent: Sue - Bochum: Durch die Aufhebung des Verbindungsverbots ist es uns möglich geworden, uns andern Verbänden anzuschließen. Welchen Weg wir gehen müssen, das lehrt uns die bisherige Erfahrung. Der Generalkommission bleiben wir angehängen und bilden damit ein Glied in der Kette der freien Gewerkschaften. Was die christlichen Gewerkschaften anlangt, so sind die eigentlichen Gründer keine Arbeiter, der Zweck soll sein, einen Keil in die Arbeiterbewegung zu treiben. Allein den Herzen geht es wie dem Janberlehrer in Goethes Faust: die Geister, die sie riefen, können sie nicht mehr bannen, und diese Geister rufen immer weiter zu uns. Ihr früherer Ernst war schon gezwungen, mit großer Entschiedenheit vorzugehen. Schließlich hungert jeder Arbeiter und je mehr praktisch gearbeitet wird, desto mehr nähern sich diese Leute uns oder sie gehen zu Grunde. Es sind nicht Gegenorganisationen, sie sind eine Vorstufe der freien Gewerkschaften. Hervorragende Inhaltliche Sozialpolitiker geben heute schon zu, daß große Verbände ohne Unterschied des politischen oder religiösen Bekenntnisses notwendig sind. Das heute darunter sind, denen wir nicht trauen, ändert an der Sache nichts. Ganz ist die Behauptung, daß die sozialdemokratische Partei den Gewerkschaften feindlich ist. Wer unterstützt denn die Arbeiterkraft bei den Lohnkämpfen? Wo bleiben da die bürgerlichen Blätter? Wo namentlich die ultramontane Presse, die sogar gegen den Buchdrucker-tarif eifert? Arbeiterfreundlichkeit in Worten brauchen wir nicht, wir wollen Thaten sehen! Wie verfolgt uns zum Beispiel die Polizei? Ist es arbeiterfreundlich, wenn man Gefolge zu verurteilt, wie es mit den Sozialgezeugen geschehen ist? Ist es arbeiterfreundlich, wenn man den Arbeitern durch Grenzpatrouillen den Genuß von Fleisch ganz unmöglich machen will? Im Ruhrgebiet und andern Gegenden sind heute schon die Lebensmittelpreise zu fast unerschwinglicher Höhe gestiegen. — Mehr als je früher müssen wir uns mit den sozialpolitischen Gesetzen befassen.

Die Bergarbeiterfrage steht heute im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, von den Regierungen hat man aber nicht viel zu erwarten, denn die Minister werden stets erst dann arbeiterfreundlich, wenn sie nicht mehr im Amt sind. — Redner geht dann auf die letzten Streiks ein, die nur durch das Unternehmertum veranlaßt würden, weil man auch nicht im geringsten den Arbeitern entgegenkommen wollte. Redner geht nun näher auf die Beitragsfrage ein, zu welcher eine große Anzahl Anträge vorliegen, die sich zum Teil direkt widersprechen. Dem Vorstand ist es nur lieb, wenn die Beiträge recht hoch werden und wenn kein Sterbegeld mehr ausbezahlt zu werden braucht. Die ganze Entwicklung des Verbands läßt eine Erhöhung der Beiträge für unumgänglich notwendig erscheinen, immerhin muß aber vor einem zu großen Sprung entschieden gewarnt werden. Die Organisation im Innern festigen, ihr nach außen Macht zu verschaffen, das ist unsere Aufgabe. (Stürmischer Beifall.)

(Schluß der Vormittags-Sitzung.)

4. Außerordentliche Generalversammlung des Verbands der Bergolder.

Brandenburg a. S., den 16. April 1900. Erster Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Die Generalversammlung wurde um 11 Uhr vormittags vom Kollegen Dehmel als Senior der Brandenburger Kollegenschaft eröffnet. Derselbe gab einen kurzen Rückblick auf die Entstehung des Verbands und das für die Kollegen erfolgreiche Wirken desselben.

Die Bureauwahl ergab folgendes Resultat: Hirschnagel - Mönchen, erster, Schnorre - Berlin, zweiter Vorsitzender, und Hörs - Brandenburg, Beisitzer.

Anwesend sind 15 Vertreter. Auf der Tagesordnung stehen: Rechenschaftsberichte; Antrag: Anschluß an den Hölzlarbeiter-Verband; Ausbau der Organisation; a) Unterstützungs wesens, b) Streiks, c) Beitragsleistung, d) Arbeitsnachweis, e) Tarife und Tarifgemeinschaften als Mittel zum gewerkschaftlichen Kampf, f) Agitation, Verbandsorgan, Beratung der Anträge. Regelung sonstiger Verbandsangelegenheiten.

Die Rechenschaftsberichte liegen gedruckt vor. Dem Bericht des Verbandsvorsitzenden Schnorre entnehmen wir, daß seit der letzten Generalversammlung, die Weihnachten 1897 in Hamburg stattfand, der Hauptvorstand seine Geschäfte in zwanzig Sitzungen erledigte. Wenn nicht alle Beschlüsse der Hamburger Generalversammlung ausgeführt werden konnten, so lag das nicht an bösen Willen des Vorstands, sondern meist war Zeit- und Geldmangel das Hindernis.

Das Bedürfnis nach mündlicher Agitation ist noch nie so stark hervorgetreten, als in den letzten beiden Jahren; der Hauptvorstand hat nach Möglichkeit versucht, allen Anforderungen gerecht zu werden.

Verchiedene Agitationstouren wurden unternommen, die für den Verband auch den gewünschten Erfolg hatten.

Von Leipzig und Mönchen gingen dem Vorstande Anträge auf Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung zu, denen sich der Vorstand einstimmig anschloß.

Zu der Nachmittags-Sitzung erstattet der Kassierer Bericht. Danach hatte die Hauptkasse seit der letzten Generalversammlung eine Gesamteinnahme von 14 478,50 M., Ende 1897 waren 20 Filialen vorhanden, Ende 1899 deren 23, die Mitgliederzahl stieg in dieser Zeit von 1033 auf 1320. Die Gesamtausgaben der Hauptkasse betragen in diesem Zeitraum 13 694,81 M., der Kassenbestand der Filialen und Zahlstellen betrug 3656,35 M.

Der Rest der Nachmittags-Sitzung wird durch Diskussion über den Kassenbericht und über die Situationsberichte der einzelnen Filialen ausgefüllt.

Fünfte Generalversammlung des Verbands der Textilarbeiter Deutschlands.

Göhrzig, 14. April 1900.

Die fünfte Generalversammlung des Textilarbeiter-Verbands wurde heute vormittags 9 Uhr durch den Vorsitzenden Hübsch-Berlin eröffnet. Anwesend sind außer dem Centralvorstand, dem Ausschuß und der Leitung des Hochhauses 83 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands.

Dem vom Vorsitzenden erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Organisation mit Ausnahme in Schlesien, wo die wirtschaftliche Lage der Textilarbeiter eine außerordentlich schlechte ist, in allen Teilen des Reichs gute Fortschritte gemacht, daß sich die Mitgliederzahl von einigen Agitationsbezirken verdoppelt, ja, verdreifacht hat. Der Verband hat in den letzten 2 Jahren abzüglich aller Verluste 17 985 Mitglieder gewonnen und zählt deren gegenwärtig über 42 000. Die letzten 2 Jahre waren aber auch an Kämpfen reich. Es fanden 24 Angriffs- und 12 Abwehrkriege statt, wozu 12 160 Personen beteiligt waren. Die Gesamtlöhne betragen 366 041 M., wozu 156 928 M. die Hauptkasse zahlte. Die Restsumme von 209 113 M. wurde in den einzelnen Streikorten, also von der Arbeiterschaft im allgemeinen aufgebracht. Von diesen Streiks waren 11 erfolgreich, 10 teilweise erfolgreich und 15 erfolglos. Ergiebt wurden in mehreren Fällen der Jehustudententag und nennenswerte Lohnaufbesserungen. Der Mangel an finanziellen Mitteln hat vielfach das Verlorengelien der Streiks verschuldet, so daß die schon viel diskutierten Beitragssteigerungen nicht mehr von der Hand zu weisen sind.

Die Agitation ist in der Hauptsache von dem Bezirk-Agitationskomitees betrieben worden, die Centralleitung sorgte aber für finanzielle Unterstützung. — Der Versuch der Kollegen am Niederrhein, der christlichen Organisation mit der Gründung eines Sonderverbandes (niederrheinischer Weberverband) zu begegnen, sei, wie vorausgesehen gewesen, mißlungen. Das Vieb-ängeln und Kompromisseln mit solchen Organisationen müsse zu Querschnittsvereinen führen und müsse im Grunde genommen nur dem Unternehmertum. Während des großen Streiks in Arefeld und Lunggend hätte der christliche Verband allerdings standgehalten, weil der Textilarbeiter-Verband die Unterstützung garantierte; zum Abschluß eines Kartellvertrags mit dem niederrheinischen Weberverband sei es aber noch nicht gekommen. Der Centralvorstand meine überhaupt, daß ein Verband, wenn er aktionsfähig bleiben wolle, mit dieser Anfangsform nicht behaftet sein dürfe. Die Lohnbewegungen im allgemeinen hätten mancherlei Verbesserungen zur Folge gehabt; leider sei aber eine große Anzahl von tapferen Kämpfern auf der Straße geblieben. Aufgabe der Generalversammlung müsse es sein, Mittel und Wege zu suchen, mit denen auch in Zukunft der Kampf mit dem isolierten Unternehmertum erfolgreich geführt werden kann.

Kassenbericht. Die Einnahmen betragen 291 452,52 M., die Ausgaben 288 857,23 M., so daß ein Kassenbestand von 7694,30 M. verbleibt. Die Einnahmen der Ortsverwaltungen betragen 369 623,77 M., die Ausgaben 330 530,03 M., so daß ein Ueberschuß von 39 093,74 M. verbleibt. Dem Kassierer wird Entlastung erteilt.

Ein Dringlichkeitsantrag, die ausgesperrten Färberei-Arbeiter in Elberfeld-Barmen, 1400 an der Zahl, finanziell zu unterstützen, wurde einstimmig angenommen.

In der Nachmittags-Sitzung wird Stellung genommen zu den Kartell-Vertragsverhältnissen anderer Organisationen zum deutschen Textilarbeiter-Verband. Anlaß hierzu giebt das Verhalten des im Geschäftsbericht erwähnten niederrheinischen Weberverbandes, das der Referent für diesen Punkt, Paulsen-Arefeld, einer scharfen Kritik unterzieht. Der niederrheinische Weberverband sei in der vorgegebenen Absicht gegründet worden, die große Kluft, die zwischen dem — sozialdemokratisch verdinglichten deutschen Textilarbeiter-Verbande und den christlichen Organisationen liege, zu überbrücken, in Wahrheit aber unterminiere derselbe das Fundament des Textilarbeiter-Verbands, mache alle Einigungsversuche unmöglich und arbeite lediglich für den christlichen Verband, und nicht zuletzt für das Unternehmertum. Die Versuche, einen Kartellvertrag abzuschließen, seien daran gescheitert, daß der niederrheinische Weberverband unannehmbare Bedingungen stellte. Die Generalversammlung solle diesen Querschnittsvereinen ein Ende machen und den Kampf bis zum äußersten aufnehmen. — Der Geschäftsführer des niederrheinischen Weberverbandes, Vaer-Arefeld, ist der Meinung, daß die Möglichkeit einer Einigung nicht ausgeschlossen sei, das Rückgeben sei aber beiden Teilen zu empfehlen. Er habe den Auftrag, für eine Verständigung einzutreten. Bei einigen guten Willen werde sich wohl ein Weg finden lassen, auf den man nach einigen Jahren zu einer vollständigen Einigung kommen werde. Der Korreferent Prügge-Mann-Münster kommt nach längeren Ausführungen zu dem Schluß, daß der niederrheinische Weberverband keine Erstlingsberechtigung hat. Dem der angebliche Hauptzweck, allen Textilarbeitern, ohne Unterschied der Religion oder der Parteirichtung den Beitritt zu ermöglichen, werde schon längst vom Deutschen Textilarbeiter-Verband verfolgt und im übrigen liege für das weitere Existieren dieses Zwittersdinges kein Bedürfnis vor. Bei getrenntem Marchieren in diesem Sinn könne von einem vereinten Schlagen keine Rede mehr sein. — In der weiteren Diskussion findet sich kein einziger Redner, der Lust hatte, die niederrheinischen „Musterverbände“ in Schutz zu nehmen, und gegen acht Stimmen wird beschlossen, Kartellverträge mit diesem Verband unter keinen Umständen und in keiner Form abzuschließen.

Auf telegraphischem Wege beantragt die Filiale Barmen, für die ausgesperrten Färberei-Arbeiter 8000 M. zu bewilligen. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Beitragssteigerung. Referent ist Breittschneider-Bera, der die dringende Notwendigkeit der Beitragssteigerung vor allem mit dem geradezu chronischen Mangel an Mitteln, mit der ungenügenden Leistungsfähigkeit des Verbands begründet. An verschiedenen Orten, so in Bera, seien die Beiträge bereits auf 20 Pfennig erhöht worden, ohne daß die Befürchtungen, die die Gegner der Beitragssteigerung hegen, eingetroffen seien. Der eigentliche Zweck des Verbands, die Hebung der Lage der Textilarbeiter, könne nur erreicht werden, wenn der Verband über ausreichende Mittel verfüge und alle Anforderungen, die bei Lohnkämpfen an ihn gestellt werden, gerecht werden kann.

In der Diskussion erklären sich sämtliche Redner im Prinzip für die Beitragssteigerung, die Vertreter der Gegenden aber, in denen die Verhältnisse am schlechtesten sind, halten den Sprung von 10 auf 20 Pf. für zu gewagt, während wieder andre bei 20 Pf. die Einführung einer Unterstützungs-kasse verlangen. Der Vertreter der Centralkommission, Genosse Sabath-Hamburg, rät dringend zur weitmöglichsten Beitragssteigerung, damit nicht mehr gesagt werden könne, daß die Textilarbeiter auf Kosten anderer ihre Lohnkämpfe

Führen. Die Debatte, an der sich fast sämtliche Delegierten beteiligten, nahm den ganzen Sonntag in Anspruch und endete mit dem Beschluß, die Beiträge auf 20 Pf. zu erhöhen, alle Extrastimmen beizubehalten und eine Unterstützungsliste einzurichten. Dieser Beschluß wurde mit 26 330 gegen 15 830 Stimmen gefaßt.

V. Generalversammlung des Lagerhalter-Verbands.

Magdeburg, den 16. April.
Die Einzelmitglieder des Verbands der in Konsum- und ähnlichen Vereinen beschäftigten Lagerhalter und -halterinnen Deutschlands halten ihre V. Generalversammlung in Magdeburg in der „Bürgerhalle“ ab. Anwesend sind 125 Delegierte.

Der Jahresbericht wird von Friedrich-Leipzig erstattet. Er konstatiert ein weiteres Vorwärtsschreiten des Verbands im Berichtsjahr. Der Verband zählt 354 Mitglieder. Erfreulicherweise zeigte der 40. Genossenschaftstag in Berlin 1900 Verständnis für die Bestrebungen des Verbands, während man mit dem Entscheidung in Dresden schlechte Erfahrungen machte. Es ist das um so bedauerlicher, als hierbei nur organisierte Arbeiter in Betracht kommen. Auch sonst konnte manchem die Erfahrung gemacht werden, daß die organisierten Arbeiter in den Konsumvereinen recht mangelhaftes Verständnis für die Anforderungen, welche die Angehörigen der Konsumvereine mit Recht erheben können, bekunden.

In der Debatte wird Klage geführt über die lange Arbeitszeit der Angehörigen der Konsumvereine. Diese müße oft als nicht mehr menschenwürdig bezeichnet werden und mache es den Lagerhaltern unmöglich, sich zu erholen und weiterzubilden. Auch die Bezahlung lasse viel zu wünschen übrig. So wird z. B. in Magdeburg an die Inhaber der Verkaufsstellen ein Fixum von 720 M. per Jahr und 1/2 Proz. vom Umsatz gezahlt, außerdem 20 M. für Heizung. Von diesem Einkommen muß der Lagerhalter jedoch auch sein ganzes Hilfspersonal besolden. Das ist ein verwerfliches Lohnsystem, welches es mit sich bringt, daß Monatslöhne von 40 M. für eine Hilfskraft bei langer Arbeitszeit nicht zu den Seltenheiten gehören. Es wird daher von allen Rednern ein auskömmliches, festes Gehalt verlangt und eine Erhöhung der Tagelöhler für Verluste. Nicht immer ist auch das Verhalten der Aufsichtsratsmitglieder in den Konsumvereinen, die sich doch meistens aus den Reihen der organisierten Arbeiter rekrutieren, ein ganz einwandfreies.

Lothar Berlin mißt auch den Lagerhaltern ein Teil der Schuld an den bestehenden Mißständen bei. Man nehme zu viel Rücksicht auf seine Stellung und vergesse, daß die Vorstände der Konsumvereine, auch die aus Arbeiterkreisen hervorgegangenen, den Verbandsmitgliedern als Mitunternehmer gegenüberstehen. Man müsse seine Forderungen formulieren, die Öffentlichkeit dafür interessieren und ohne

jede Rücksicht ihre Durchführung erstreben. In Berlin sei die Arbeitszeit länger wie in anderen Teilen Deutschlands, außerdem sei man auch über die in der Dresden Resolution festgesetzten Gehaltsätze hinausgegangen.

In der Nachmittagsung entzündet sich eine lebhaft Debatte über die Entlohnung der Lagerhalter. Es liegen zwei Resolutionen vor, in welchen die Lohnzahlung nach Prozenten als moralisch verwerflich bezeichnet und die Festsetzung eines angiebigsten festen Gehalts verlangt wird. Im Prinzip sprechen sich die meisten Redner für die Resolutionen aus, heben jedoch hervor, daß sich der Durchführung dieser Forderung erhebliche Schwierigkeiten in den Weg stellen, da die Verwaltung und die Menge der Mitglieder der Konsumvereine sich sträuben, die Prozentzahlung aufzugeben, weil dieses System das billigere ist.

Den Befürwortern der Zahlung nach Prozenten wird entgegen gehalten, daß das höhere Einkommen, welches hier und da durch dieses System erzielt wird, auf der Ausbeutung der Hilfskräfte basiert. Das sei moralisch verwerflich, weshalb für Lagerhalter und Hilfskräfte ein festes Gehalt zu erstreben sei.

Eine Resolution, nach welcher der Kassus einer in Dresden beschlossenen Resolution, die ursprünglich für Sachsen bestimmt war: Gehaltszahlung nach Prozenten ist unstatthaft, auf ganz Deutschland ausgedehnt ist, wird angenommen.

Den Kassenbericht erstattet Hennig-Leipzig. Die Einnahme betrug 4640,87 M., die Ausgabe 3066,15 M., darunter 245 M. für Streifenunterstützung an andere Gewerkschaften.

Es folgt die Wahl des Vorstands. Gewählt wird als 1. Vorsitzender Friedrich-Leipzig, als 2. Vorsitzender Böhm-Leipzig, als Kassier Hennig-Leipzig, als Schriftführer Peder-Leipzig.

Ueber die Presse referiert Friedrich-Leipzig. Er weist darauf hin, daß die geringe Mitgliederzahl und die Eigenartigkeit des Berufs es schwer macht, einen geeigneten Redacteur zu finden. Das jetzige Vereinsorgan ist das Handlungsgesellenblatt. Redner empfiehlt nun, einen Beitrag zu den Redaktionskosten zu leisten, der es dem Handlungsgesellen-Verband ermöglicht einen Redaktor anzustellen, den auch zugleich als Sekretär für den Handlungsgesellenverband zu fungieren hat. Die Entscheidung soll sich nur auf die Tätigkeit für die Lagerhalter erstrecken. Bedingung hierzu ist, daß die Redaktion mit dem Vorstand an einen Ort, am besten Hamburg, verlegt wird und daß den Lagerhaltern Einfluß auf die Haltung des Blattes eingeräumt wird.

Der Vorstand wird ermächtigt, ein Abkommen in diesem Sinn mit dem Handlungsgesellen-Verband zu treffen.

Es folgen Anträge der Mitglieder. Ein Antrag: Der Verband hat den Titel „Verband der Lagerhalter und -halterinnen Deutschlands“ zu führen, wird durch die erfolgte Aufhebung des Verbots des Inverbindungsretens politischer Vereine begründet und angenommen. Ein weiterer Antrag: Die Generalversammlungen

sind in Zukunft von Delegierten (jezt hat jedes Einzelmitglied das Recht, an den Generalversammlungen teilzunehmen) zu beschließen, wird abgelehnt.

Nach Erledigung einiger Anträge ohne Allgemeininteresse erfolgt der Schluß der Generalversammlung.

Marktpreise von Berlin am 14. April 1900
nach Ermittlungen des lat. Volksgewerksbundes.

Weizen, gut D. Gr.	15,40	15,30	Kartoffeln, neue, D. Gr.	7,-	5,-
„ mittel	15,20	15,10	„ alte, 1 kg	1,60	1,20
„ gering	15,-	14,90	„ do. 1 kg	1,20	1,-
Roggen, gut	14,25	14,25	Schweinefleisch	1,60	1,-
„ mittel	14,21	14,19	Kalbfleisch	1,60	1,-
„ gering	14,17	14,15	Hammelfleisch	1,60	1,-
Gerste, gut	—	—	Butter	2,60	2,-
„ mittel	—	—	Eier 60 Stk	4,-	2,40
„ gering	—	—	Karotten 1 kg	2,20	1,20
Hafer, gut	14,50	14,10	Wale	3,-	1,-
„ mittel	14,-	13,70	Bänder	2,60	1,-
„ gering	13,60	13,20	Gedrte	2,-	1,-
Maisstroh	5,66	5,-	Barfische	1,80	0,80
Heu	7,50	5,20	Schiene	3,-	1,40
Gerden	40,-	25,-	Bleie	1,20	0,80
Speisebohnen	45,-	25,-	Aepfel	12,-	3,50
Erbsen	70,-	30,-			

Produktenmarkt vom 17. April. Getreide. Die Geschäftsbeteiligung war außerordentlich gering und der stützende Einfluß des rauhen, nachfolten Wetters sowie der durchweg höheren Preisermittlungen von den ausländischen Börsen trat in den Notierungen am hiesigen Plage nicht in die Erscheinung. Nur nahe Sichten waren aus dem genannten Gründen eine Idee feiler, spätere Lieferungsfristen waren durch hartes russisches Roggenangebot eher leicht gedrückt. Durchschnittlich waren Weizen und Roggen im Vorkaufhandel wie im Effektenhandel unverändert. Die Umsätze waren belanglos und beschränkten sich im wesentlichen auf einige Deckungsäufe in Roggen. Die Grundtendenz war als fest zu bezeichnen. Preise nur nominal zu verzeichnen. Hafer lag still, aber ziemlich fest. Müßig behauptete seine höheren Schlusspreise vom Sonnabend.

Am Spiritusmarkt wurden Umsätze nicht bekannt. Weizen per 1000 kg. loco märkischer 149-150 M. ab Bahn. Normalgewicht von 755 Gr. 150,50-150 Abnahme im Mai, do. 155 bis 154,75 Abnahme im Juli, do. — Abnahme per 1000 kg. 142-143,50 fahrfrei Aprillieferung. Normalgewicht 712 Gr. 145,50 Abnahme im Mai, do. 144,25-144 im Juli, do. 142,25-142 im September mit 1,50 Mehr oder Minderverl. — Hafer: loco per 1000 kg. feiner pommerischer 137-143, mittel 132-136, medienburgischer feiner 135-144, mittel 133-137, poeiner mittel 132-137, schlechter mittel 132-135, ab Bahn. Normalgewicht 450 Gr. 131 Abnahme im Mai, im Juli — — — Mais: Amerik. mixed loco frei Wagon, ab Abnahme im Mai 111,40 bez. — Mehli: Weizenmehl Nr. 00: 18,50-21,50. — Roggenmehl Nr. 0 und 1 18,40 bis 19,75 M. — Rüböl: loco mit Fass ab Abnahme im Mai 57,20 bis 57,40-57,80; im Oktober 57,30-57,60-57,80. — Spiritus 49,20 bez. 6. frei Haus.

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.
Durchschlagener
Sacherfolg
Täglich:
Berlin nach Elf.
Große Ausstattungspose.
Sommernachm. Der Vogelhändler.

Theater.
Mittwoch, den 18. April.
Opernhaus. Lauchhüter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Die Tochter des Gradums. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Wenn wir Toten erwachen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Festung. Im weißen Röhl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Ueber unsie Kunst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Frau Sonne. Darauf: Im Gril. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neubens. Die Dame von Rom. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weiten. Der Bettelstudent. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Brand. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Im Himmelhof. Anfang 7 1/2 Uhr.
Eiffen. Der Millionenbauer. Anfang 8 Uhr.
Central. Berlin nach Elf. Anfang 7 1/2 Uhr.
Belle-Alliance. § 184. Anfang 8 Uhr.
Cari Weist. Der Wäntönig von Transvaal. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Die Girland-See. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Wieder auf der Pariser Welt-Ausstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Die verführte Welt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Hypok. Spezialitäten-Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Eine alte Geschichte. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Vestage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Hrens. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternmarie.
Landsstrasse 48/49. Abends 8 Uhr (im Theateraal): „Von den Alpen zum See.“
Im Hofsaal: Eugen Schlin: „Motor-Fahrzeuge.“ 8 Uhr (ermäßigte Preise): „Von den Alpen zum See.“

Belle-Alliance-Theater.
Sachspiel Emil Richard.
§ 184.
Schwan in 3 Akte v. Ralph Gobbins. Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Thalia-Theater.
Tel. Amt IVa 6440. Dresdenstr. 77/73.
Sorgfältige Woche vor der Abreise nach Garmisch.
Täglich: Nischenacherfolg!
Im Himmelhof.
Thomas, Thiescher, Scherding, Junfermann, Gumbacher. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Im Himmelhof.

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Wiederholung der so erfolgreichen Oster-Fest-Vorstellungen.
Seden! Reu für Berlin! Stammen!
Fritzi Desirée.
Flammen- und Phantasie-Tänzerin.
Die modernen Zirkus.
Die mykeridien Elefanten.
Um 8 1/2 Uhr:
Gr. Erfolg des Charakter-Befangnisses
Eine alte Geschichte.
Hauptrolle Direktor Winkler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Billet-Vorverkauf von 11-1 Uhr.
Sonnabend nach der Vorstellung: Familien-Frei-Tanz.

Metropol-Theater.
Schrenker, 55/57. Direktion H. Schulz.
Um 9 Uhr 30:
Wiederaufführung!
der wegen ihrer übertriebenen Lustigkeit und besten Originalität
polizeilich verboten
gewesenen
Opette.
Verkehrte Welt!
mit der feuchst ausgestatteten
Frauen-Parade.
Tage von 1/2 Uhr ab:
Das grandiose
April-Specialität-Programm.
Sanssouci
Kottbusstr. 4a.
heute Mittwoch:
Keine Vorstellung.
Morgen Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Säger
Sonnabend, 21. April:
Benefit für
Paul Wolfgang.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzen

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum See.“
Im Hörsaal:
Ingen. Zochlin: „Motorfahrzeuge“
Um 5 Uhr:
„Von den Alpen zum See.“
(Ermäßigte Preise.)
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM
Original-italienische
Sänger- u. Konzert-
Gesellschaft
„Colombo“.
Die neuen sensationellen
lebenden Photographien.
Stiergefecht. — Mann über Bord. — Stapellaut eines modernen Schlaachtschiffs. — Baby-Wäsche u. v. a. m. Joubert & Krüger. — Cronje.

Passage-Panopticum.
Nachm. 4 Uhr:
Zaubervorstellung
für Kinder.
Stündl.: 35 Togo-Neger.
Abends 7-10 1/2 Uhr:
Théâtre varié.

Apollo-Theater.
Um 8 Uhr:
Im Reiche
des Indra
Consuela Tortajada
Grotchen Reutter
sowie das grossartige
April-Programm.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf täglich von 10-12 Uhr
sowie beim Invalidendank und Künstlerdank.

Reichshallen.
Täglich: **Stettiner Sänger**
Anfang:
Bachtag 8 Uhr.
Samstag 7 Uhr.
Entree 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.

Künstliche Zähne. 3 M. an, von täglich, fest schmerzlos ein. Wundwunden, launersl. Zahnweh, Zahndruck, Bef. Rep. Hof. Goldstein, Oranienstr. 123.

Mai-Fest-Abzeichen!
Offerte für Wiedererf. gratis. Orig. - Muster gegen Eins. von 30 Pf.
H. Guttmann,
Berlin N.,
Brunnenstr. Nr. 9.

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3.
Einzig in seiner Art.
Ohne jede Konkurrenz.
Billigste Familien-Unterhaltung.
Wochenabends 6 Uhr freies Zutree.
Waffen-Konzerte.
Italien. Janitscharen: Boude Rocco. Troler Alpenländer Michel Göpp. Rumänisches Orchester Vater. Deutsches Damenkapelle Gungard. Theater-Abteilung: Abends 7 1/2 Uhr.

Eröffnung.
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich Mi-Moabit 50 eine Restauration eröffnet habe. Um geneigten Zuspruch bittet 44092*
Hermann Gelke.

Falbe
44 Elsassstr. 44
(am Oranienburger Thor).
Schon seit aller Haut, Horn-, Nervenleiden ohne Vermeidung, ohne schädliche Mittel u. Gifts. Sprecht! 9 Morg. bis 9 abends, Sonntag u. Donnerstags 9-3. 3700*
Bei Vorzeigung der Besonderekarten 10 Proz.

Stepdecken
kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik
B. Strohmannel, Berlin S., 72, Wall-Strasse 72,
wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. 41200*

Schultze,
Wasserthorstr. 1/2, I.
Behandlung aller Haut-, Horn- und Nervenleiden ohne jegliche Vermeidung. 3078L*
Sprechstunden 9-12 u. 5-9. Donnerstagsnormierung keine Sprechstunde.
Bei Vorzeigung der Besonderekarten 10 Proz.

Chronische Leiden
jeder Art ohne Vermeidung.
Institut Jost, Chausseestr. 117, I. r. 9-3-9, Sonntag 9-7. 1*
Arbeitsern 20 Proz. Ermäßigung.

Wo amüsiert man sich grossartig?
Hasehalden 21 und Jahnstr. 6 in Schlegelsbergs Festhallen, Inh.: Max Schindler. — Telefon: Amt IV Nr. 1132. — Heute: **Grosser Ball,** als Specialität: Pfannkuchen-Regen, verbunden mit Schlangen- u. Apfelsinen-Regen u. diversen Überraschungen. Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei. Empfehlung den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Fabrikanten u. meiste Telle, 300 und 1200 Personen fassend (mit Bühne) zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. 44042*

Zu den erschien im Buchverlag der „Hilfe“, Schöneberg-Berlin:

Demokratie und Kaisertum

Handbuch für innere Politik von
Pfarrer a. D. Fr. Naumann
210 Seiten, fein ausgestattet,
gebettet 2 M., gebunden 3 M.
64 Durch alle Buchhandlungen zu beziehen. 49

Inhalt: Künelle Darstellung der gegenwärt. polit. Lage, Kampf gegen Reaktion und Agrarier, Veränd. v. Rasse u. Reich, Nationalismus d. Russen, Verfall Kaiserthums II, d. Dittat d. Industrialismus.

Zu geneigter Abnahme und als sehr vorteilhaft für jede Haushaltung empfehle

Gluten-Kakao
Gemüse- und Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Würze

MAGGI

Wilhelm Schwan, N. Reineckendorferstrasse 23a, Filiale: N. Reineckendorferstr. 33.

Großes Lager Gebogene Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt
A. Schulz,
Reichenbergerstr. 5. Auch Teilzahlung! *

Charlottenburg!!

Uhrmacher Kunstmann, Wallstrasse 1.
Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. 4087L*

Möbelstoffe!
auch Reste! alle Qual. selten billig!
Calogenheitskauf:
Mocquet-Blüche 5,35 M.
per Meter (130 cm breit). 4381L*
Muster b. näherer Angabe franco.
Berlin S.,
Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.

Anzüge
und Paletots von 30 M. an, liefert elegant liegend 4382L*
Reinhold Werner,
Gr. Frankfurterstr. 70.
Hl. Andreasstr. 12.

Deutsche Kaffee-Mischung
einzig in seiner Art,
4 Pfd. 40 Pfg.
1 Ltr. dieser Mischung gibt 2 Ltr. vorzügliches Kaffeegetränk.
Deutsche Kaffee-Rösterei
A. Pennitz,
Rosenthalerstrasse 59
und in den mit Placat versehenen Handlungen.

Möbel
verleihen gefasene und neue, Haucub billig. 44102*
Teilzahlung gestattet.
Neue Königstrasse 59.

5 1/2 Pfd. Brot 50 Pfg.
H. Abrecht's
Bäckerei
Wrangeistr. 9, Kranzstr. 19.
Haldenteinstr. 28, Laufferstr. 2.

Riesen-Brot
und Stollen, frisch, 6 Stück für 10 Pfennig liefert die
Berliner Brodfabrik
Hugo Schröder, Müllerstrasse 11
Filialen in allen Städten.

Haut- und Harn-Leiden
heilt 30662*
ohne schädliche Mittel
E. Herrmann, Apotheker,
Georgentisch Platz Nr. 21.
Sprecht. 10-1/2 u. 5-8.

Schiller-Theater
(Wollner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Brand.
Dramatisches Gedicht in 5 Aufzügen v. Henrik Ibsen, über: v. 2. Vorfänge, deutsch v. Roph. Vömelsh.

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Harich Lorenson.
Freitag, abends 8 Uhr:
Brand.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstrasse 132.
Täglich 8 Uhr:
Der
Wäntönig von Transvaal.
Bogenschieß haben Gültigkeit
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabendabend, 4 Uhr: Kinder-
Vorstellung. Abbezah und die ge-
raude Prinzessin. Kleine Preise.

Victoria-Theater.
Alexandersplatz.
heute, abends 8 Uhr:
Die Circus-Fee.
Große Operette.

Zur Abwehr und Aufklärung!

Gegenüber den Angriffen, welche nach Berichten der Presse gegen unsere Gesellschaft bzw. die von derselben gelieferten

„Gas-Spar-Apparate“

in einer angeblich von Interessenten einberufenen öffentlichen Versammlung erhoben sind, sehen wir uns zu folgender Erklärung veranlaßt:

Wir verkaufen unsere Gas-Spar-Apparate unter Uebernahme der Garantie dafür, daß eine

Gas-Ersparnis von mindestens 20 Proz. bei unverminderter Leuchtkraft

erzielt wird.

Die Gesellschaft, nicht der Abnehmer hat den Beweis zu führen, daß die garantierte Ersparnis erzielt wird. Gelingt dieser Beweis nicht, so muß die Gesellschaft die Apparate kostenlos zurücknehmen.

Diese klaren und schriftlich vereinbarten Vertragsbedingungen machen den Bezug unserer Apparate zu einem vollkommen risikofreien Geschäft und schließen die Möglichkeit aus, daß irgend ein Abnehmer Zahlung zu leisten braucht, bevor der garantierte Erfolg nachgewiesen ist.

Die Gesellschaft hat ihre Garantie bisher nicht nur erfüllt, diese ist in fast allen Fällen sogar übertroffen; denn bei den vielen Tausenden von uns eingeführten Installationen ist sie mit nur ungefähr 100 Abnehmern in Differenzen geraten. Auch diese wenigen Unzufriedenen sind bereits teilweise durch Gutachten unparteiischer, vom Gericht bestellter Sachverständigen eines Bessern belehrt worden und haben sich nachträglich von der Güte unserer Apparate, die in ihrer Vollendung bisher einzig dastehen, überzeugt. Als überaus kläglich muß deshalb die von einem Konkurrenzunternehmen, teilweise sogar auf dessen Kosten, in Scene gesetzte „Bewegung“ einiger weniger Interessenten bezeichnet werden, der die Gesellschaft eine imponierende Reihe von Anerkennungen und Gutachten hochrespektabler Sachverständiger und Firmen entgegenzustellen in der glücklichen Lage ist.

Wir bitten unsere Abnehmer, sich durch diese Bewegung, gegen die wir, soweit dabei unlautere Mittel in Anwendung gebracht wurden, den Prozeßweg beschreiben werden, in ihrer guten Meinung über unser auf solidester und streng reeller Grundlage begründetes Unternehmen nicht beirren zu lassen und unbefangene die Notwendigkeit jener Bewegung zu würdigen. Insbesondere ersuchen wir dringend, die Wirksamkeit unserer Apparate nicht wie das in einer Reihe von Fällen geschehen ist, dadurch beeinträchtigen zu lassen, daß die Apparate von unbefugter Hand und in unsachgemäßer Weise in der Einstellung verändert werden.

Um auch gegen solche Mißstände und Eingriffe unbefugter sowohl unsere geschätzte Kundschaft, wie uns selbst besser schützen zu können, übernehmen wir fortan zunächst für Berlin die Instandhaltung von Gasglühlicht unter den denkbar günstigsten Bedingungen.

Auf Grund eines besonderen Abkommens mit der Hül-Gesellschaft sind wir in der angenehmen Lage, trotz billigster Abonnements-Bedingungen, den anerkannt besten Glühstrumpf, den „Hilglühkörper“ D. N. P. unserer geschätzten Kundschaft liefern zu können, desgleichen verwenden wir nur Brenner, Cylinder etc. aus den ersten Fabriken.

Indem wir nachstehend eine kleine Auswahl von den zahllosen Anerkennungen zum Abdruck bringen, stellen wir es jedem Interessenten frei, die Originale in unserem Bureau einzusehen und auch die Apparate selbst in unserem Laboratorium in Augenschein zu nehmen.

Gesellschaft für Gas-Spar-Apparate m. b. H. Berlin N., Friedrich-Strasse 105 c.

Nachstehend ein in einer Prozeßsache durch den gerichtlichen Sachverständigen abgegebenes

Gutachten:

76o 228
1900
Beim Beklagten habe ich unter Zuziehung der Parteien am 29. und 30. März cr. den Gasverbrauch unter Anwendung des Druckmessers festgestellt.

Hierbei ergab sich, daß der Gasverbrauch in einer Stunde betrug

1. bei Anwendung des Reglers und der Regulierschrauben 1152 Liter,
2. bei Ausschaltung des Reglers 1692 Liter,
3. bei Ausschaltung des Reglers und der Regulierschrauben 1708 Liter.

Der Regler funktionierte, als ich ihn geprüft, tadellos und hielt den Druck auf gleicher Höhe ohne Rücksicht auf die Anzahl der brennenden Flammen und ohne Beeinträchtigung der Leuchtkraft.

Ich gebe mein Gutachten demnach dahin ab, daß der Beklagte 31 Proz. Gasersparnis bei Anwendung des Reglers und der Regulierschrauben hat gegenüber demjenigen Gasverbrauch, der eintritt, wenn er seine Flammen bei geöffneten Hähnen ohne Regler und Regulierschrauben brennt.

Einige Zeugnisse aus der allerjüngsten Zeit.

Beschluß der Königl. Gefangenanstalts-Direktion.

Chemnitz, den 5. April 1900.

Dem General-Vertreter der Gesellschaft für Gas-Spar-Apparate in Berlin, Herrn Georg Löbel in Chemnitz, wird auf dessen Ansuchen hiermit befohlen, daß die unterm 10. Oktober 1899 in der hiesigen Gefangenanstalt aufgestellte Gas-Spar-Anlage für zusammen ca. 300 Flammen sich ausgezeichnet bewährt hat.

Die erzielte Gasersparnis belief sich innerhalb von fünf Monaten bereits auf ca. 5300 Kubikmeter im Wert von ca. 900 Mark und würde eine noch höhere gewesen sein, wenn nicht gerade die äußerst ungünstigen Witterungsverhältnisse des letzten Winters durch viel zeitigeres und längeres Brennen als früher von weniger günstigem Einfluß auf die Ersparnis gewirkt hätten. Immerhin sind die Erfolge glänzend und der Apparat allenthalben nur zu empfehlen.

Stempel der Kgl. Gefangenanstalt Chemnitz mit Kgl. Wappen. gez. Mühlhausen Gefängnisdirektor.

Berlin, den 29. März 1900.
Leipzigerstr. 35.

Antwortlich Ihres Schreibens vom 26. d. M. teile ich Ihnen hierdurch mit, daß die von Ihnen gelieferte Gas-Spar-Einrichtung bis jetzt zu meiner vollen Zufriedenheit funktioniert, ich habe eine Gasersparnis von ca. 25 Proz. konstatirt.

Hochachtungsvoll
H. B. Köhlich, Kgl. Hoflieferant.

Steglitz, den 24. März 1900.
Lindenstraße 34.

Seit Ende Oktober 1899 funktioniert in dem Hause Galleisches Ufer 32 in Berlin der von Ihnen in der Gasleitung eingebaute Spar-Apparat. Aus dieser Leitung werden 14 Treppen- und Flurflammen gespeist. Die Ersparnis, welche seitdem, nämlich in fünf Wintermonaten, erzielt ist, deckt ungefähr die Kosten Ihres Apparats, so daß von nun ab der eigentliche Nutzen eintritt. Ich schätze die Ersparnis auf mindestens 25 Proz., so daß ich Ihnen meine volle Zufriedenheit mit dem Apparat aussprechen kann. Der Lichteffekt ist genau derselbe wie früher.

Ergebenst
Prof. Dr. Otto Hoffmann.

Brauerei Wilhelmshadt Herr & Eckert.

Berlin, den 7. März 1900.
Friedrichstr. 37.

Hiermit bestätigen wir Ihnen gern, daß wir mit den bei uns gelieferten Gas-Spar-Apparaten sehr zufrieden sind und eine Gasersparnis von mindestens 25 Proz. erzielen.

Wir können Ihre Apparate nur empfehlen.
Hochachtungsvoll
Herr & Eckert.

Victoria Bar Weingroßhandlung.

Berlin, den 5. März 1900.
Friedrichstr. 123b.

In höflicher Erwiderung Ihres Wertes vom 3. ds. Mts. teilen wir Ihnen mit, daß wir mit Ihrem Spar-Apparat ausgezeichnet zufrieden sind, und eine Ersparnis von mindestens 25 Proz. erzielen.

Hochachtungsvoll
Henschel & Co.

Berlin, den 28. März 1900.
Brunnenstr. 188.

Die mir gelieferten Apparate funktionieren zu meiner vollen Zufriedenheit und ist die Ersparnis an Gasverbrauch ca. 5 Proz. mehr als Sie mir garantierten, wobei bei gleichem Licht die Strümpfe nicht so schnell abgenutzt sind.

Hochachtungsvoll
J. Baron.

... Gleichzeitig bemerken wir, daß Ihr Apparat gut funktioniert und wir mit den Leistungen desselben äußerst zufriedengestellt sind, so daß wir Ihnen anheim stellen, und gegebenen Falls als Referenz anzugeben, wir sind dann gern bereit, von der Versügbarkeit des Apparats neuen Respektanten Mitteilung zu machen.

Hochachtungsvoll
Berlin, Wassergasse 8. Otto Grund u. Co.

Berlin, den 4. März 1900.
Königsbergerstr. 123.

Mit Heutigem teile ich Ihnen mit, daß die von Ihnen gelieferte Gas-Spar-Anlage zu meiner vollen Zufriedenheit funktioniert und dieselbe nur empfehlen kann.

Achtungsvoll
„Zum bayrischen Hiesel“, Münchner Bier-Ausföhrant.
G. Stein.

Schippang u. Wehenkel, Inh. Dr. N. Schulze, Fabrik sämtlicher Artikel für Photographie.

Berlin, den 8. März 1900.
Stralauerstr. 49.

Wir teilen Ihnen mit, daß der uns im September v. J. gelieferte Gas-Spar-Apparat bisher zu unserer Zufriedenheit funktioniert hat. Wir haben in den einzelnen Monaten vom Oktober v. J. bis Februar inkl. d. J. im Durchschnitt über 25 Proz. an Gas gegenüber den entsprechenden Monaten der vorhergehenden 3 Jahre gespart.

Mit Veröffentlichung dieser Mitteilung sehen wir uns einverstanden.
Schippang u. Wehenkel.

Berliner Weibier-Brauerei, Max Füllgrabe.

Berlin, den 24. Januar 1900.
Stettinerstr. 20.

Der Gesellschaft für Gas-Spar-Apparate bezeichne ich hiermit gerne, daß ich mit dem von genannter Gesellschaft aufgestellten Gasdruckregler „Haarscharf“ nicht nur die garantierten 20 Proz., sondern 33 Proz. an Gas erspart habe. Ebenso kann ich die angebrachten Regulierschrauben nur bestens empfehlen.

Hochachtungsvoll
Max Füllgrabe.

Dr. Hugo Kemmler Fabrik chemisch-pharmaceutischer Präparate.

Berlin, den 5. März 1900.
Anklamersstr. 38.

In Beantwortung Ihres gefälligen Briefes teile ich Ihnen ergebenst mit, daß die mir von Ihnen gelieferten Gas-Spar-Apparate meine Erwartung übertroffen haben. Die Anlage hat sich in den wenigen Monaten, in denen sie benutzt wird, reichlich bezahlt gemacht.

Eine genaue Berechnung der Gasersparnis ist mir nicht möglich, weil durch Erweiterung meines Betriebs in letzter Zeit zahlreiche Neuananschlässe an die Gasleitung notwendig wurden und dadurch der Gasverbrauch gegen die gleichen Monate des vergangenen Jahres größer geworden ist.

Trotz der Erweiterung des Gasleitungsnetzes sind die Gasrechnungen gegen die Rechnungen der gleichen Monate des vorigen Jahres nicht unbedeutend kleiner geworden.

Hochachtungsvoll
Dr. Hugo Kemmler.

Berlin, SW., den 5. März 1900.
Friedrichstr. 205.

Gebr. Pflaume, Fries u. Decken-Engroslager.

Teilen der Gesellschaft für Gas-Spar-Apparate mit, daß der gelieferte Apparat zu unserer vollen Zufriedenheit bis heute funktioniert hat.

Bei gleich vielen Brennstunden hat sich eine Ersparnis von ca. 25 Proz. herausgestellt.

Hochachtungsvoll
Gebr. Pflaume.

Deutsches Kolonialhaus Bruno Antelmann.

Berlin, den 2. März.
Jerusalemstr. 28.

Wir bestätigen Ihnen hierdurch, daß wir mit der von Ihnen gelieferten Gas-Spar-Einrichtung sehr zufrieden sind und haben wir durch dieselben 25-30 Proz. Gas-Ersparnis konstatirt.

Hochachtungsvoll
Deutsches Kolonialhaus, Bruno Antelmann.

Berliner Feinfilter-Fabrik Sellensteidt.

Berlin, den 3. März 1900.
Blücherplatz 2.

Auf Ihre werthe Zuschrift vom 28. v. Mts. teilen wir Ihnen mit, daß wir mit der uns von Ihnen gelieferten Gas-Spar-Einrichtung sehr zufrieden sind.

Wir haben jetzt gleichmäßiges Licht auch in den entfernt vom Gasmesser gelegenen Räumen und haben eine bedeutende Gasersparnis gegen die gleichen Monate des Vorjahres erzielt, obgleich wir jetzt eine ganze Anzahl Flammen mehr brennen, 30 Proz. Ersparnis dürften sicher erzielt sein.

Wir können daher diese Einrichtung jedermann empfehlen und zeichnen

Hochachtungsvoll
Feinfilter- und Brautechnische Maschinen-Fabrik A. G.
Börm. 2. A. Enziger.

Abt. Berlin, vorm. Sellensteidt.

Prof. Dr. Landau, Frauenklinik.

Berlin, den 6. März 1900.
Philippstr. 21.

Der Gesellschaft für Gas-Spar-Apparate zu Berlin bezeichne ich hierdurch gern, daß die von derselben in der Privat-Klinik des Prof. Dr. Landau, Berlin NW., Philippstr. 21, für die Klinikbeleuchtung am 7. August 1899 installierte Gas-Spar-Anlage bisher zu unserer vollen Zufriedenheit funktioniert hat. Die Ersparnis im Quartal IV 1899 gegenüber Quartal IV 1898 betrug etwa 30 Proz.

Für die Verwaltung der Frauen-Klinik von
Prof. Dr. Landau, G. Flehinghaus, Oberin.

Kommunales.

Aus dem jetzt vorliegenden Protokoll des Ausschusses, der über die Umgestaltung und Umgestaltung des Schlossplatzes zu beraten hatte, ist zu ersehen, daß auch im Ausschusse von einer Minderheit die Geltendmachung von Kompensationen lebhaft befürwortet wurde. Gefordert wurde namentlich die Verrückung des Reitweges unter den Linden, die Genehmigung zur Anlage einer Rideau-Strassenbahn durch die Schlossfreiheit und die grundsätzliche Genehmigung eines durch die Stadt auszuführenden Unterpflasterbahnhofs. Der patriotische Ausschuss hat aber diese Kompensationen mit großer Mehrheit abgelehnt und auch die gegen die Anlage eines Vorgartens geltend gemachten Verlehrsbedenken, auch bezüglich der Südwestseite des Schlosses nicht für gerechtfertigt erachtet. Es wurde in dieser Beziehung hervorgehoben: Auch an der Südwestseite könnte der Vorgarten ohne jede Verlehrsbedenken des Verkehrs gestiftet werden, denn ein 6 Meter breiter Bürgersteig und 20 Meter breiter Damm genügt vollkommen. Auch könnte bei Anlage eines 6 Meter breiten Vorgartens an der Südseite des Schlosses von einer Einengung des Verkehrs keine Rede sein, da bei einem 6 Meter breiten Bürgersteig, auf dem 10 Personen neben einander gehen könnten, einem 13,25 Meter breiten Damm, 18,5 Meter breiten Zufahrtsweg, wieder einem 10,5-25,5 Meter breiten Damm und endlich einem 7 Meter breiten Bürgersteig an der gegenüber liegenden Seite des Schlosses, für Wagen- und Fußgängerverkehr auf beste geordnet sei. Der Ausschuss empfiehlt daher, wie schon mitgeteilt, den Entwurf des Magistrats mit einigen auf die Eigentumsverhältnisse des Vorgarten-Terrains z. bezüglichen Bedingungen zur Annahme. Ein von einem Mitglied der Versammlung herrührender Entwurf, wonach der Schlossbrunnen um 5 Meter an das Schloß herangerückt und längs dieses selbst ein 15 Meter breiter Vorgarten angelegt werden sollte, blieb im Ausschusse ohne Berücksichtigung. Es war zu erwarten, daß die Riquelme, die z. B. in der Angelegenheit des Botanischen Gartens mit der Stadt getrieben wurde, auf die patriotische Stadtmehrheit ohne Einfluß bleiben würde.

Ueber das Schmerzenskind der Berliner Kanalisation, das XI. Abflusssystem, und die Schwierigkeiten, die sich seiner Durchführung entgegenstellten, machte Stadt. Seibert im Grundbesitzer-Verein „Nordost“ einige Mitteilungen, denen wir nach dem „Grundbesitzer-Verein“ folgendes entnehmen: Die Angelegenheit ist schon zur Zeit Hohenzollerns zur Vorlage an die Stadtverordneten und den Magistrat gelangt und es wurden dafür 11 Millionen Mark ausgeworfen. Die staatliche Aufsichtsbehörde aber versagte die Genehmigung. Die Stadt wollte nämlich aufstatt eines nach dem Rummelsburger See führenden Rot-Ausflusssystems, der drei Millionen Mark kosten sollte, einen vier Kilometer langen Kanal nach der Panke leiten, der nur einen Aufwand von 1.600.000 Mark erforderte. Außer dem Bau dieses Kanals muß aber noch ein Teil von Selbsten in die Kanalisation aufgenommen werden, nämlich 254 Hektar, während 418 Hektar flussfähiges Terrain, zusammen also 672 Hektar, zu entwässern sind. Infolgedessen verlangte die Aufsichtsbehörde eine Veränderung des Bebauungsplans, die jetzt vom Stadtbaurat Krause ausgearbeitet wird. Da hierzu wieder erst die Genehmigung des Königs eingeholen ist, können noch Jahr und Tag vergehen, ehe das XI. Abflusssystem zur Ausführung gelangt. Ferner hat die Stadt nördlich von der Greifswalderstraße an der Straße 20 ein 401 Quadratmeter umfassendes Terrain für 155.375 M. gekauft, auf dem ein Sammelbecken von 3000 Kubikmeter Rauminhalt angelegt werden sollte. Auch dies ist von der Aufsichtsbehörde nicht genehmigt worden. — Der Brenzlauer Thorverein hat kürzlich in derselben Angelegenheit eine Petition an den Oberpräsidenten gerichtet und darin die haarsträubenden Zustände geschildert, die infolge der Nichtdurchführung dieses Abflusssystems in jener Gegend herrschen. Und dabei wäre jetzt, wo die Schloßplatzfrage wieder auf der Tagesordnung steht, recht gute Gelegenheit, einen gelinden Druck auszuüben.

Lokales.

Freisinn und Wahlrecht.

Ein gewaltiger Schreck ist der armen „Vossischen Zeitung“ in die Glieder gefahren. Der sozialdemokratische Antrag an die Stadtverordneten-Versammlung, sie möge eine Petition um Einführung des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts an das Abgeordnetenhaus richten, hat ihr das ganze bishere Freude an dem Fest der Kaiserkrönung verdorben, das ja in unzähligen freisinnigen Leitartikeln als Sieg des Fortschritts über die Festsitzerei begrüßt wurde. Wenn Schöpfe gepödt läßt sich der Freisinn des Berliner Normalphilisters, den die „Vossische Zeitung“ ja unbestritten repräsentiert, wie folgt vernehmen:

Wir halten es für unmöglich, das allgemeine Wahlrecht auf die Gemeindevahlen auszu dehnen. Die städtische Verwaltung trägt in viel höherem Grade als die des Staats oder des Reichs den Charakter einer Vermögensverwaltung. In den Anlagen für Pflasterung, Beleuchtung und Entwässerung der Straßen, für Kanalisation, in den Markthallen und Krankenhäusern steckt ein Vermögen von Hunderten von Millionen und man kann die Verwaltung eines solchen nicht in die Hände derer geben, die zu ihm nichts beigetragen haben. Dem Vermögen stehen Schulden gegenüber, die verzinst und abgetragen werden müssen, und man kann die Entschädigung darüber, auf welche Weise die hierzu erforderlichen Mittel aufgebracht werden sollen, nicht in die Hände derer legen, die nichts zahlen. Der alte deutsche Grundsatz, daß das Mitraten und das Mitthaten zusammen gehört, steht dem sozialdemokratischen Antrage entgegen.

Es war voranzusetzen, daß die „Voss. Ztg.“ sich gegen den sozialdemokratischen Antrag wenden würde. Ist er ja auch Herrn Eugen Richter und denen, die sich noch um einige Schattierungen radikaler geben als er, schon aus dem plausiblen Grunde nicht recht, weil seine Ausführung der Herrschaft des Freisinnis in vielen Städten ein Ende machen würde.

Aber die Gründe, die von der „Voss. Zeitung“ herangeholt werden, sind so klapperdürftig, daß unsres Erachtens selbst die „Kreuz-Ztg.“ sich ihrer schämen würde. Ein prächtiges Wort, das von dem alten deutschen Grundsatz des Mitratens und Mitthutens unter einer Kommunalverfassung, die das untastbare Uebergewicht des Einflusses dem freien Hauswirt zuschreibt, dessen ganzes Thun im Einklang mit der Rente ausgeht, und die im weiteren das Uebergewicht der Menschenklasse garantiert, die sich aus den Thun, aus der ungeschätzten Arbeit anderer Rechenleistungen ernährt. Ja, dieser deutsche, freisinnig frisierte „Grundsatz“ ist selbst vom Standpunkt der Verfechter des heutigen Unrechts ein faules Wort, wenn man etwaigt, daß von dem etwa hundert Millionen Mark starken Etat der Stadt Berlin nur etwa der vierte Teil auf die Einnahmen aus der Einkommensteuer fällt, während die übrigen 73,5 Proz. auf indirekten Steuern und Einnahmen gegründet sind, zu denen jeder Einwohner und der unbedeutendste relativ am stärksten beitragen muß, sei es als Mieter, sei es sonst als Konsument.

Warum nicht gerade heranzugreifen, liebe Vossin, daß es dem sozialdemokratischen Antrag gegenüber einfach die Maßmittel des Viehes zu wählen gilt, ohne jede Rücksicht darauf, auf eine wie hohe Summe von Unrecht sie sich gründen? Es mag ja für die im Bett schwimmenden Grundbesitzer fatal sein, wenn das allgemeine gleiche Wahlrecht ihre Interessen zu Gunsten derer der Gesamtheit zurückstellen würde, wenn es den

städtischen Arbeitern als Mindesteinkommen einen Lohn von mehr als 3 M. sichert, die nach Herrn Kreitzing ja bereits über die Grenzen des Möglichen hinausgehen, wenn es eine Behandlung unmöglich macht, wie die Lehrer sie sich in der Gehaltsfrage gefallen lassen mußten, wenn es verhindert, daß an Gemeindevorsteher Gemeindevorarbeiten übertragen werden und wenn es zahlreiche andre Mißstände beseitigt, deren Aufrechterhaltung gerade dem Berliner Kommunalfreisinn Spott über Spott eingetragen hat.

Gegenüber den Klagen und Phrasen der „Voss. Ztg.“, die sich überbies in der heuchlerischen Befürchtung ergehen, daß von Staatswegen nur nicht gegen die Beratung des sozialdemokratischen Antrags eingeschritten werden möge, ist das konsequente Eintreten konservativer Blätter für das cleudeste und widerwärtigste aller Wahlsysteme herzerzitternd zu nennen.

Die „Jugendwehr“ ist, wie hiesige Blätter melden, Montag im königlichen Schloß der Kaiserin durch den Ober-Hofmarschall v. Mirbach vorgestellt worden. Auch soll der Kaiser von einem Fenster des Schlosses aus den Exercitien dieser Gesellschaft teilnahmevoll zugehört haben. Nach dem „kleinen Journal“ hat die Kaiserin sich sehr für das Unternehmen interessiert und dem Vorstände beim Abschied ferneres Gelingen des Werks und weitere regenreiche Thätigkeit gewünscht. Dieser Glanzwunsch der Kaiserin mag an sich ja nicht besonders interessieren. Er enthält aber dadurch am Ende einige Bedeutung, daß er sich in unverleugbaren Gegensatz zu den Ansichten stellt, die vor noch gar nicht langer Zeit in geistlichen Kreisen über die Jugendwehr geäußert wurden. In der am 20. Mai 1898 abgehaltenen Sitzung der Kreisynode Berlin-Kölln rügte der Synodale Kraus mit scharfen Worten das Treiben der „Jugendwehr“, deren junge Mitglieder vielfach in Kneipen und spät abends in der Friedrichstraße in Uniform zu finden seien. Auf der einen Seite habe man der Fortbildungsschulen die Möglichkeit, die Jungen an den Sonntagen zu ihrer Fortentwicklung zu beschärfen, beschränkt, auf der anderen Seite gestatte man der Jugendwehr, ihre Mitglieder Sonntagvormittags zu militärischen Übungen zu versammeln. Der Einfluß der Jugendwehr auf die jungen Gemüter sei durchaus kein guter, er verleite sie zur Selbstüberhebung, und es sei wiederholt vorgekommen, daß die Gelder, die armen Müttern zur Unterstützung gegeben worden, dazu dienten, um den Jungen Uniformen in der Jugendwehr zu beschaffen. Von Heiligkreuz ergehe deshalb der Antrag an die Synode: beim Konfistorium Schritte zu thun, damit die Übungen der Jugendwehr an den Sonntagvormittagen in denselben Stunden, die für den Wegfall des Fortbildungsschul-Unterrichts vorgeschrieben sind, geschlossen werden.“ Daß die „Jugendwehr“ eine vielfach bedenkliche Spielerei sei, wurde vom Prediger Stage noch näher ausgeführt und auch vom Syn. Propst v. d. Golz anerkannt.

Wilhelm II. Die „Lübecker Eisenbahn-Zeitung“ vom 13. April teilt mit, daß der Kaiser am 16. Juni nach Lübeck kommen werde, um der Eröffnung des Elbe-Trave-Kanals beizuwohnen. Dem meldet das Blatt weiter: Wir wollen nicht unterlassen, bei dieser Gelegenheit einen kleinen, bisher noch nicht veröffentlichten Vorgang zu erzählen, der von der erstaunlich vielseitigen Begabung unsres Kaisers Kunde giebt. Es war auf der Fahrt von Bremen nach Helgoland. Der Kaiser plauderte mit einem in der Fachwelt allbekannten Techniker, auf dessen Erfahrung er große Stücke giebt. Plötzlich fragte der Kaiser: Was halten Sie von den Lübecker Kanal-Schleusen? Der Gefragte antwortete, daß dieselben nach seinen Informationen sich gut bewähren sollten. Näheres könne er aber noch nicht sagen. Nun ließ sich der Kaiser Papier und Bleistift bringen und zeichnete dem Techniker Strich für Strich eine Lübecker Schleuse (System Gotopp) hin und setzte dabei genau die Einzelheiten dieses Bauwerks auseinander. Die Umgebung war einfach stumm!

Die Klagen über unziemliche Behandlung von Arbeitern, wenn diese an den Schaltern unter Bahnhöfen sich für ihr gutes Geld Arbeiterwochenkarten kaufen wollen, nehmen trotz aller offiziellen Berodnungen immer noch kein Ende. Seit Jahren hatten die in Landwitzer und Marienfelder Fabriken beschäftigten Arbeiter am Kavalier Bahnhof ohne besondere Scherereien ihre Karte erhalten, als es plötzlich am Dienstag voriger Woche der Schalterdame einfiel, den in Betracht kommenden Fabrikanten die Inhaberkarte abzufordern. Selbstverständlich hatte keiner der Arbeiter die Karte bei sich, worauf die Dame erklärte, ihnen dann auch keine Wochenkarten verlaufen zu können. Für alle Fälle hatten einige Arbeiter sich beigegeben mit einer Versicherung des Fabrikanten, der sich versehen, in der schwarzen Aufschuß und zum Teil sogar durch den Kaminsteinstempel der Gemeinde Mariendorf beglaubigt, ihre Arbeiterqualitäts bestätigt war. Doch auch dies genügte der Schalterdame nicht, und es blieb den Arbeitern nichts übrig, als sich für 20 Pf. eine einfache Fahrkarte zu lösen. Als weiterzunehmende hatte das Verhalten der Dame im Gefolge, daß die Arbeiter den Zug verließen und dafür, daß sie eine halbe Stunde zu spät an die Arbeit kamen, 25 Pf. Strafgeld zahlen mußten. Das schonte aber nicht, daß diese Fahrgäste am selben Abend vor der Heimfahrt nicht allein die verlangte Wochenkarte anstandslos verlaufen erhielten, sondern auf ihre Anfrage die ausdrückliche Versicherung empfingen, daß in Zweifelsfällen eine vom Fabrikbesitzer angefertigte Versicherung vollkommen als Legitimation genüge.

Mag ein solcher Mißbrauch sich immerhin in die heutige Staatspolitik recht harmonisch einfügen, so ist doch nicht einzusehen, warum gerade stets die Arbeiter Verlehrsgegenstände sein sollen. Wenn einmal die Kurantratie nicht umhin kann, einen bestimmten Teil der Fahrgäste schädigen zu reglementieren, so sollte sie ein Einsehen haben und zur Veränderung auch einmal die Passagiere der ersten Wagenklasse aufs Horn nehmen.

Nach allem Ungemach haben die Arbeiter aber endlich einmal ein Recht, ihre Wochenkarten für ihr Geld so prompt ausgeliefert zu erhalten, wie andre Leute auch.

Ueber die Kosten einiger Berliner Denkmäler wurden dem Ausschuss, der über die Errichtung eines Feuerwehrendenkmals zu beraten hatte, folgende Mitteilungen gemacht: Es sind gezahlt worden für den Schloßbrunnen 550.070 M., für die Verolina 101.210 M., für das Schiller-Denkmal 100.000 M., für das Lessing-Denkmal 125.000 M., für das Goethe-Denkmal 108.000 M., für die Figuren auf der Potsdamer Brücke je 20.000 M., für die Figuren im Viktoriapark je 7.500 M. — Das Feuerwehrendenkmal soll nach dem Antrag des Ausschusses nicht im Hof der Hauptfeuerwache, sondern auf einem öffentlichen Platz errichtet werden; im Ausschuss wurde auf den Morlanenplatz und auf den Platz an der Jerusalemer Kirche hingewiesen.

Die Untersuchung gegen den Gismörder Jänide, der aus Potsdam gebürtig ist, fordert immer neue Absonderlichkeiten zu Tage. Jänide scheint auch den Diener Just in ähnlicher Weise wie die ermordete Bergner ausgebeutet zu haben. Er hatte auch diesen aufgefodert, mit der Bergner nach dem Teufelssee zu fahren. Nun dadurch, daß Just an dem für die Bergner verhängnisvollen Tage durch seinen Dienst abgehalten wurde, sah sich nach Neu-Babelsberg zu begeben, ist er dem Schicksal, dem die Bergner erliegen ist, entgangen. Just, dem von Jänide vorgebetet worden war, die Bergner sei von den Geistern am Teufelssee verbannt und in die Tiefe gezogen worden, hat das thörschlich geglaubt. Ob Jänide beabsichtigt hatte, die Bergner und den Just zu gleicher Zeit am Teufelssee zu vergiften, um den Anschein zu erwecken, als ob ein Liebesdrama seinen Abschluß gefunden hätte, ist noch nicht erwiesen. Jänide hatte auch seinen Pflegevater, den zehnjährigen Bruno Wisk, und noch einen

andren Knaben in eine Lebensversicherung eingekauft. Da es sehr selten vorkommt, daß Knaben versichert werden, und gar das Leben von Pflegekindern wohl kaum von ihren Pflege-Eltern versichert wird, rechnet man auch damit, daß Jänide auch die Kinder für seine Zwecke auszubenten trachtete. Der Knabe Wisk, der Augenzeuge der Vorgänge am Teufelssee gewesen ist, war nicht von Jänide mitgenommen worden, sondern von dessen Ehefrau nachgehandelt worden. Der Knabe wollte anfänglich, von Jänide eingeschüchert, nichts gestehen; erst nach vielem Bemühen rückte er mit der Sprache heraus. Der Knabe gab auch an, daß Jänide der Bergner die Ohren und Finger abgekitteten habe, um sich die Ohr- und Fingerringe anzueignen. Danach haben nicht wilde Tiere die Leiche angegriffen. Jänide giebt alles zu, bleibt aber dabei, daß die Bergner selbst schuld an ihrem Unglück sei; sie habe keine Anordnungen nicht befolgt, ihn treffe keine Schuld. Die Untersuchung wird vom Landgericht in Potsdam geführt.

Vom Bau gestürzt ist gestern, Montagnachmittag um 3 Uhr, der 28 Jahr alte Zimmermann Otto Jdelow aus der Kaiser Friedrichstraße 60 zu Panlow. Jdelow war auf dem Reuban des Bahnhofs Nordend der elektrischen Hochbahn beschäftigt, gilt infolge der Risse auf dem Gerüst aus, stürzte aus einer Höhe von 13 Metern herab, fiel auf einen Steinhaufen und zog sich schwere Verletzungen im Innern, an beiden Armen und am Hinterkopf zu. Ein Nächsther Rettungsdiogen brachte den Verunglückten nach dem Krankenhaus am Friedrichshain.

Ein entsetzlicher Selbstmord ist Sonntagmittag auf dem Bahnhof Pensfelstraße ausgeführt worden. Dort warteten gegen 1/2 Uhr zahlreiche Passagiere auf den von der Ringbahn-Station Wedding fälligen Zug. In dem Augenblick, in welchem der Zug einlief, sprang ein etwa 35jähriger Mann in anständiger Kleidung auf die Gleise und warf sich vor die Räder der Lokomotive. Ehe es gelang, den Zug zum Stehen zu bringen, waren die Räder der Maschine über den Unglücklichen fortgegangen und hatten den Kopf vom Humpfe getrennt.

Wegen doppelten Kindesmordes sind der Bildhauer Wonneald Stammerberger und seine Wittschafterin Hedwig Scholz aus der Gieshainerstr. 37 verhaftet worden. Stammerberger ist seit fünfviertel Jahren Witwer und ließ sich seitdem von der 28 Jahre alten, aus Berlin gebürtigen Hedwig Scholz den Haushalt führen. Bald trat er zu seiner Wittschafterin in nähere Beziehungen, die nicht ohne Folgen blieben. Am zweiten Feiertag gebar das Mädchen zwei Kinder, ohne eine Hebamme oder einen Arzt zuzuziehen. Nur Stammerberger war in der Wohnung. Hausgenossen, denen der Zustand der Wittschafterin bekannt geworden war, schöpften Verdacht, daß nicht alles in Ordnung sei, als sie gestern einen aus der Wohnung Stammerbergers kommenden Brandgeruch wahrnahmen. Sie veranlaßten, daß eine Hebamme und die Polizei geholt wurden. Stammerberger und die Wittschafterin bestritten beide, daß etwas vorgekommen sei. Der Vorstand des 42. Reviers aber durchsuchte gestern nachmittag mit mehreren Beamten die Wohnung und fand ein Kind in einem Simer, in dem es ertränkt war, und das zweite in der Kochmaschine, in der es verbrannt und bereits halb verlohrt war. Die Kinder scheinen nach dem Befund der Leichen beide gelebt zu haben. Die Mutter wurde ihres Zustands wegen zunächst als Verlehrsgegenstand nach der Charité gebracht, Stammerberger nach der Wache des 42. Reviers, um von dort der Kriminalpolizei zugeführt zu werden.

Schwere Verletzungen am Kopfe trug eine Leiche, welche am Sonnabend an der Köpenickerbrücke gelandet wurde. Der Schädel der Leiche war so stark zertrümmert, daß Gehirnmasse daraus hervortrat. Die linke Wange zeigte eine lange klaffende Schnittwunde. Ob diese Verletzungen erst nach dem Tode des Rames, etwa durch eine Schiffschranke hervorgerufen sind, bedarf noch der Feststellung durch die gerichtsarztliche Leichenöffnung. Der Tote scheint Arbeiter und etwa 30 Jahre alt gewesen zu sein.

Strassenpernung. Die Bräder-Allee vom Großen Stern bis zur Handelstraße wird behufs Asphaltierung vom 17. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Feuernachrichten. Im Schiller-Theater erfolgte Montagabend ein unbedeutender Brand. Die Soffitenrampe hatte sich in der Mitte verbogen und das Zerreißen eines Belenchtungsdrabtes herbeigeführt. Durch den dadurch entstandenen Kurzschluß wurde das Holz der Rampe leicht entzündet, doch war keinerlei Gefahr vorhanden. Die Rampe wurde einseitig außer Betrieb gesetzt. Da der Unfall vor Beginn der Vorstellung erfolgte, hat das Theaterpublikum nichts davon gemerkt. — Seit Jahren weist die Berliner Feuerchronik für die Feuerwehr an den hohen Feiertagen nicht so wenig Alarmierungen auf, wie an diesem Okerfest. Die meisten Löschzüge sind seit dem Grünen Donnerstag überhaupt nicht zum Feuer gerufen, und die seit dieser Zeit ganz vereinzelt erfolgten Alarmierungen betrafen nur belanglose Feuerbefürchtungen. In zwei Fällen hatte die Wehr einzugreifen, um gefallenen Pferden wieder auf die Beine zu helfen.

Die Angriffe, denen die Gesellschaft für Gasparapparate mit beschränkter Haftung kürzlich ausgesetzt war, hat diese zu einer Erklärung veranlaßt, welche auf einer Zusatzseite der heutigen Nummer enthalten ist. Bei dem lebhaften Interesse, welche diese Frage in der Öffentlichkeit erregt hat, verweisen wir unsre Leser besonders auf die vorgenannte Erklärung.

Im Hörsaal der Uranta wird am Mittwoch, den 18., und am Freitag, den 20., Herr Zivilingenieur Max A. Rehm einen durch zahlreiche Lichtbilder illustrierten gemeinverständlichen Vortrag über Motorfahrzeuge halten.

Nadrennen am Kurfürstendamm. Die beiden Renntage an den Okerfeiertagen waren wegen des kalten und stürmischen Wetters nur mäßig besucht. Bedeutendes wurde nicht geleistet. Nachstehend die Resultate:

- 1. Tag. Riederrad-Ersfahren 1000 Mtr. Für Herrenfahrer. 3 Ehrenpreise i. M. von 50, 25, 15 M. 1. Keller, 2. Sasse, 3. Hensel. Zeit: 1:24,4.
- Riederrad-Eröffnungsfahren 2000 Mtr. 120, 70 30 M. In den 4 Vorläufen placieren sich: Ellegaard, Vocaillon; Strud, Schernemann; Albrecht, Homover, Parmac, Lurion (letztes Rennen); Käfer, Kubela. Entscheidung: Ellegaard 1. Käfer 2. Parmac 3. Zeit: 3:21,2.
- Riederrad-Vorgabefahren. 1000 Mtr. 100, 60, 30, 10 Mtr. Käfer (40-M.) 1. Strud (70 M.) 2. Kubela (40 M.) 3. Zeit: 2:10,2.
- Tandem-Zeitfahren. 500 Mtr. 120, 60, 30 M. Entscheidungslauf 2000 Mtr. Die besten Zeiten erreichen: Ellegaard-Hansen (31 Set.), Lurion-Heller (32 Set.), Käfer-Stehmann (32 Set.), Albrecht-Strud (32,3 Set.), Schernemann-Kubela (32,3 Set.). Viele fahren den Entscheidungslauf, in welchem siegen: Ellegaard-Hansen 1., Strud-Albrecht 2., Lurion-Heller 3. Zeit: 2:48.
- Tandem-Prämienfahren. 3000 Mtr. 60, 40, 20 Mtr. Dem ersten Paar jeder Runde 20 M. Schernemann-Kubela 1. Schneider-Accanillon 2. Albrecht-Strud 3. Zeit: 3:46,2. Parmac-Peter die beiden ersten Prämien. Das folgende Paar die andren.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Der Wahlverein für den Wahlkreis Zeltow-Beeslow-Storlow-Charlottenburg hält am Donnerstagnabend 8 1/2 Uhr in der „Cambrius-Bräuererei“ eine Generalversammlung ab, worauf die Mitglieder auch an dieser Stelle besonders hingewiesen werden.

Die Nachforschungen nach dem Mörder der ehemaligen Lehrerin Emilie Medenwaldt hatten noch keinen Erfolg. Am

